

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.

Erscheint monatlich zweimal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährlich 0.90 M. **Einzelnummer** 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
Anzeigenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der 4 gespaltenen Zeile 45 Pf.

Nr. 5.	Berlin, 1. März 1935.	16. Jahrg.

Moskau schaltet sich ein.

Im Dezember vorigen Jahres kam zwischen Paris, Prag und Moskau ein Übereinkommen zustande, dessen Bestimmungen sich jetzt schädlich auf den Fortgang einer wirklichen Befriedung Europas auszuwirken beginnen. Die beteiligten Regierungen verpflichteten sich in diesem Übereinkommen u. a. dazu, keine Verhandlungen mit Deutschland oder Polen in einem dem Geiste des Ostpaktes widersprechenden Sinne zu führen und auf die Verwirklichung des Ostpaktes nicht zu verzichten, es sei denn, daß dieser vorher in gegenseitigem Einvernehmen durch ein gleichwertiges internationales Abkommen ersetzt worden sei. Nach den englisch-französischen Besprechungen, die Anfang Februar in London stattfanden, war für Moskau der Zeitpunkt gekommen, Paris daran zu erinnern, daß es sich hinsichtlich der weiteren Gestaltung seiner Beziehungen zu Deutschland auf die russische Zustimmung festgelegt hat. Moskau hatte die Londoner Besprechungen von vornherein mit Mißtrauen verfolgt. Aus diesem Mißtrauen wurde ein unverhüllter Protest, als im Anschluß an diese Besprechungen und vor allem im Zusammenhang mit der deutschen Antwort auf die englisch-französischen Vorschläge die Dinge auf eine Wiederausschaltung der sowjetrussischen Politik aus den europäischen Ereignissen hinauszulaufen versprachen. In dem Augenblick, in dem es so schien, als ob London auf die in der deutschen Antwort enthaltenen Vorschläge eingehen wollte, schaltete Moskau sich ein. Und zwar mit Erfolg.

Deutschland steht auf dem Standpunkt, daß es besser ist, eine bestimmte Teilfrage erfolgreich zu lösen, als durch den aussichtslosen Versuch, alles auf einmal machen zu wollen, auch die Lösung dieses Teilproblems zu verhindern. Das „Luftlocarno" ist eines dieser zur sofortigen Erledigung reifen Probleme. Moskau und Paris aber vertreten den Standpunkt, daß alle im englisch-französischen Kommuniqué aufgeführten Probleme als Ganzes behandelt und gemeinsam gelöst werden müssen. Und auch London hat sich — wie es scheint — im wesentlichen mit dieser russisch-französischen Auffassung einverstanden erklärt. Nach dieser Auffassung aber sollen der Ostpakt, die Stärkung des Völkerbundes, der Donaupakt und die Rückkehr Deutschlands nach Genf die Voraussetzungen für den Abschluß eines Luftpaktes sein! Das bedeutet, daß sich die alte französische Sicherheitsthese, an der schon die Abrüstungskonferenz zugrunde gegangen ist, und die schließlich auch zum Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde geführt hat, wieder in vollem Umfange durchgesetzt hat. Was man sich in Paris, Moskau und London von der Rückkehr zu diesen alten Versailler Methoden verspricht, ist nicht recht klar. Man stellt Bedingungen, obwohl man ganz genau weiß, daß Deutschland unter keinen Umständen von seiner Forderung einer voraussetzungslosen Anerkennung nicht nur seiner moralischen, sondern auch seiner tatsächlichen Gleichberechtigung abgehen kann. Man einigt sich zu dritt auf ein kompliziertes System, von dem man behauptet, daß es geeignet sei, dem europäischen Frieden zu dienen. Ein solches Verfahren macht Deutschland nicht mit. Es ist bereit, mit jedem einzelnen über bestimmte Einzelfragen zu sprechen. Es ist bereit, mit England über den Luftpakt und dann auch mit Frankreich über dasselbe Problem zu verhandeln. Es ist bereit, mit Italien über die österreichische Frage zu sprechen. Es ist bereit, mit jedem Staat, der Wert darauf legt, einen Nichtangriffspakt abzuschließen. Aber es denkt nicht daran, sich in Kollektivverhandlungen, bei denen es eine Vielzahl von Staaten gegen sich hat, in ein Netz unklarer Pakte, über die sich die anderen schon vorher miteinander verständigt haben, einspinnen zu lassen.

Wenn die Diplomatie der Westmächte, die sich in letzter Zeit etwas mehr der deutschen Außenpolitik anzupassen versprach, sich wieder den alten unfruchtbaren Methoden der Versailler Diplomatenschule zuwendet, so wird man das wohl in erster Linie auf die sowjetrussischen Quertreibereien zurückführen können. Moskau hat in einer an die Londoner Regierung gerichteten Note mit Nachdruck die vordringliche Erledigung der regionalen Pakte, insbesondere des Ostpaktes, gefordert. Sowjetrußland, Frankreich, Italien und England, heißt es darin, sowie auch die Staaten der Kleinen Entente und des Balkans hätten sich mit der „Sicherung des Friedens" durch „regionale Pakte zur gegenseitigen Hilfe" einverstanden erklärt. Diese Staaten stellten 70 v. H. der europäischen Bevölkerung dar; eine solche Mehrheit müsse denn doch wohl in der Lage sein, „für die Durchsetzung der für notwendig erachteten Maßregeln zu sorgen". Moskau hat sich hier als der eifrigste Förderer des Ostpaktgedankens erwiesen. Es hat diesen Gedanken, der während der letzten Monate stark in den Hintergrund getreten war, wieder lebendig gemacht. In Paris wird das mit sichtlicher Genugtuung vermerkt. Vor kurzem schien es noch so, als ob Frankreich, um enger mit seinen großen westlichen Nachbarn, England und Italien, zusammengehen zu können, in seiner Außenpolitik von dem russischen Kurs, den seinerzeit Barthou eingeschlagen und Laval zunächst fortgeführt hatte, mehr oder weniger stark werde abweichen müssen. Jetzt dagegen hat es eher den Anschein, als ob es der Moskauer Initiative gelungen wäre, aus dem Entweder — Oder, das Frankreich fürchtete, ein Sowohl — als auch zu machen. Eine solche Situation würde Frankreich in die Lage versetzen, wieder stärker auf Polen zu drücken.

Eine im Augenblick wichtige Rolle ist in diesem ebenso gegen Deutschland wie gegen Polen gerichteten Spiel der französisch-russischen Diplomatie dem kleinen Litauen zugeteilt worden. Es hat, Moskau sowohl wie Paris als Vorhut zu dienen, die, wenn es einmal wirklich zu einem Zusammenstoß kommen sollte, dazu verurteilt ist, im Feuer zu bleiben. Wäre Litauen zu dieser Rolle gezwungen, dann könnte man seine Lage vielleicht als tragisch bezeichnen. Aber die Herren in Kauen haben es selbst so gewollt. Frankreich wird im Ernstfall niemals daran denken, sich Litauens wegen in Unkosten zu stürzen. Der Versuch, die litauischen Beziehungen zur Tschechoslowakei auszubauen, erscheint allzu gekünstelt, als daß man ihm eine besondere Bedeutung zumessen könnte. Und was die guten Verbindungen Kauens nach Moskau anlangt, so sind sie einerseits für Polen wohl peinlich, andererseits aber bedeuten sie für den Gedanken eines engeren Zusammenschlusses der baltischen Staaten, den Litauen gleichzeitig verfolgt, eine nicht zu verkennende Belastung. Hier ist einer der Fälle, die der polnischen Politik einen Ansatzpunkt gegen Litauen geben: Warschau bereitet sich auf eine neue Aktivität im Baltikum vor. Als Auftakt hierzu wird man die Reise des polnischen Generalstabschefs Gonsiorowski nach Riga, Reval und Helsingfors ansehen können. Wenn Polen Erfolg hat, wird Litauen in die Enge getrieben. Warschau gibt den Druck, unter den es selber von Frankreich gesetzt wird, an dessen östliche Parteigänger weiter.

Dr. K.

Danzig wählt.

Der Beschluß der NSDAP, durch die Auflösung des Danziger Volkstages und die Veranstaltung von Neuwahlen endgültige und unwiderrufliche Klarheit in die innerpolitischen Verhältnisse der Freien Stadt Danzig zu bringen, hat die Gegner der Bewegung verständlicherweise recht unangenehm überrascht. Die Gegner — das sind die arg gerupften Reste der sogenannten Deutschnationalen Partei, die berufsmäßigen Landesverräter des marxistischen Lagers und vor allem jene so überaus sympathischen Zeitgenossen, die da behaupten, als Mitglieder der Zentrumspartei eine Art Berechtigungsschein für den reibungslosen Einzug in das bessere Jenseits in der Tasche zu haben. Der Beschluß der NSDAP hat sie alle vor eine peinliche Alternative gestellt: Sie sollten sich für oder gegen den nationalsozialistischen Auflösungsantrag im Volkstag entscheiden. Einerseits müßte es ihnen wenig verlockend erscheinen, **für** diesen Antrag zu stimmen, da sie bei den dann stattfindenden Neuwahlen ja von vornherein keine Aussicht haben, ihre Position zu verbessern. Andererseits aber mußte, wenn sie sich **gegen** den Antrag entschieden, der Eindruck entstehen, daß nach ihrer Ansicht die bisherige Regierungstätigkeit der Nationalsozialisten doch gar nicht so schlecht gewesen ist, wie sie es sich und anderen immer vorzumachen beliebten. Eine unangenehme Geschichte! Das Zentrum und die Marxisten, also gerade die Leute, die bis dahin nicht laut genug schreien konnten, daß der Volkstag in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung nicht mehr der Volksmeinung entspreche, haben nun am 21. Februar **gegen** die Auflösung des Volkstages gestimmt. Polen und Deutschnationale haben sich der Stimme enthalten. Der Volkstag ist damit aufgelöst. Neuwahlen werden am 7. April stattfinden. Am gleichen Tage werden auch der **Kreistag des Kreises Danziger Höhe**, die **Gemeindevertretungen** dieses Kreises und das **Stadtparlament von Zoppot** neu gewählt werden.

Dies der Grund der Wahl: Eine eindeutige Klarstellung der parteipolitischen Kräfteverhältnisse in der Freien Stadt Danzig ist aus inner- und außenpolitischen Gründen notwendig geworden. Für Leute, die guten Willens sind, ist die notwendige Klarheit allerdings auch jetzt schon gegeben. Die NSDAP besitzt im Danziger Volkstag eine gesicherte Mehrheit. Aus den Wahlen vom 28. Mai 1933 ging sie mit 38 von 72 Mandaten hervor. Durch einige Hospitanten hat sich ihre Fraktionsstärke inzwischen noch weiter erhöht. Die Sozialdemokraten gingen damals mit 13, das Zentrum mit 10, die Kommunisten mit 5 und die Deutschnationalen mit 4 Mandaten aus den Wahlen hervor. (Außerdem sind die Polen mit 2 Mandaten im Volkstag vertreten.) Inzwischen haben die Kreistagswahlen vom Herbst v. J. bewiesen, daß sich die Stellung der Nationalsozialisten so sehr gefestigt hat, daß die übrigen Parteien zu fast völliger Bedeutungslosigkeit herabgedrückt worden sind.

Die Wortführer der zusammengeschrumpften Opposition aber haben das bisher noch nicht wahr haben wollen. Gestützt auf die Mandate, die sie von 1933 her noch im Volkstag besitzen, nehmen sie auch jetzt noch Rechte für sich in Anspruch, die ihnen von der Nationalsozialistischen Partei keineswegs mehr eingeräumt werden können. Sie werfen dem Senat, weil dieser ihre oppositionellen Wünsche nicht genügend beachtet, Verfassungsbruch vor; und sie haben sich, um zu ihrem vermeintlichen Recht zu gelangen, sogar nicht gescheut, den Völkerbund, also das durchaus nicht deutschfreundlich gesinnte Ausland, gegen ihre Regierung in Anspruch zu nehmen. Führend bei dieser staatsfeindlichen Politik tritt das **Zentrum** hervor, das hierbei von einer Anzahl katholischer Priester gestützt wird. Das Zentrum fühlt sich durch eine Reihe von Verordnungen, die der Senat zum Schutze der hinter der Regierung stehenden Organisationen und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erlassen hat, in seinen angeblichen verfassungsmäßigen Rechten beschränkt; es beschwert sich vor allem darüber, daß es der sog. „Christusjugend“ nicht — ähnlich wie der SA, der Hitlerjugend usw. — erlaubt ist, Uniformen zu tragen. Das Zentrum stellt sich hierbei auf den Standpunkt, daß die vom Völkerbund garantierte Verfassung den Parteien der Opposition die gleichen Rechte wie der an der Regierung befindlichen nationalsozialistischen Bewegung gewähre. Eine solche Auffassung muß ganz entschieden abgelehnt werden. Ganz abgesehen davon, daß es dem Zentrum selber, als es noch an der Regierung war, niemals einfiel, sich um eine derartige oppositionsfreundliche Auslegung der Verfassung zu kümmern, muß festgestellt werden, daß es nicht der Sinn einer richtig verstandenen demokratischen Verfassung sein kann, eine Regierung, die unzweifelhaft die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat, an der Verwirklichung der von dieser Mehrheit gewünschten politischen Ziele zu hindern. Eine Erfüllung der Wünsche des Zentrums würde gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit und damit auch gegen den eindeutig klaren Sinn der Verfassung verstoßen. Eine Berücksichtigung dieser Wünsche würde die Aufbauarbeit der nationalsozialistischen Regierung behindern.

Um seinen Forderungen einen größeren Nachdruck zu geben, hat das Zentrum — wie gesagt — Wege beschritten, gegen die von nationalsozialistischer Seite ganz entschieden Front gemacht werden muß. Die Inanspruchnahme des Völkerbundes durch die innerpolitische Opposition ist von der NSDAP mit der Auflösung des Volkstages beantwortet worden. Es ist durch das unverantwortliche Verhalten der Opposition notwendig geworden, durch Neuwahlen den Beweis zu erbringen, daß die Kreise, die die internationalen Instanzen gegen die Danziger Regierung aufzuhetzen versuchen, in der Bevölkerung der Freien Stadt nur über eine geringe, für die Staatsführung belanglose Gefolgschaft verfügen. Zentrum und Sozialdemokratie haben, indem sie den Weg nach Genf gingen, mit aller wünschenswerten Eindeutigkeit ihren undeutschen und staatsgefährdenden Charakter bewiesen. Sie haben gegen einen der ersten Grundsätze verstoßen, deren Beachtung die nationale Ehre gebietet: daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschen nur unter Deutschen auszutragen sind. Der Völkerbundsrat hat seine Entscheidung über die ihm zugeleiteten Beschwerden des Zentrums und der katholischen Geistlichen auf seine nächste, im Mai stattfindende Tagung verschoben. Hier hat Senatspräsident Greiser also einmal Gelegenheit gehabt, sich für die sonst meist recht unangebrachte Schwerfälligkeit der Genfer Institution zu bedanken. Aus einigen Äußerungen, die der Berichterstatter des Rates zu den Beschwerden gemacht hat, ließ sich aber unschwer entnehmen, daß es Kreise in Genf gibt, die nicht übel Lust verspüren, in diesem Streit zwischen Regierung und Opposition für die klerikalen Gegner des Nationalsozialismus Partei zu ergreifen, um der ihnen unsympathischen Erneuerungsbewegung des deutschen Volkes an einer ihnen verwundbar erscheinenden Stelle einen Stoß zu versetzen. Derartige Hoffnungen aber werden durch Veranstaltung von Neuwahlen zerstört.

Die NSDAP. und die von ihr getragene Regierung sind sich ihrer Stärke bewußt. Sie wissen, daß sie die überwältigende Mehrheit des Volkes hinter sich haben, daß das Volk sie nicht verläßt, wie sie selber das Volk nicht verließen. In dieser Gewißheit fällt es der Regierung nicht schwer, den oppositionellen Parteien zur unbehinderten Durchführung des Wahlkampfes alle Freiheiten zu geben, die sich mit den Erfordernissen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit nur irgendwie vereinbaren lassen. Durch dieses Entgegenkommen wird von vornherein jeder Versuch der oppositionellen Parteien, einen für sie ungünstigen Ausgang der Wahlen mit einer „Behinderung der Wahlfreiheit“ zu erklären, vereitelt. Die NSDAP ist entschlossen, sich wie stets so auch in diesem Falle streng an Sinn und Wortlaut der Verfassung zu halten. Sie hat nicht die Absicht, die Verfassung zu einem Gegenstand Genfer Diskussionen zu machen. Das muß gegenüber polnischen Presseäußerungen festgestellt werden. Der Danziger Korrespondent der offiziösen „**Gazeta Polska**“ z. B. behauptet: Die wahre Ursache (der Neuwahlen) sei das Verlangen der Nationalsozialisten sich im Volkstag eine qualifizierte Mehrheit zu sichern, „um auf diese Weise die Möglichkeit zu einer Änderung der Danziger Verfassung im Sinne des Programms der NSDAP zu erhalten“. Und von dieser Behauptung ausgehend, glaubt der Korrespondent des Warschauer Regierungsblattes die Befürchtung aussprechen zu müssen, daß die Nationalsozialisten die Absicht haben, die Rechte anzutasten, die der polnischen Bevölkerung auf Grund des Danziger Statuts, der Verfassung der Freien Stadt und der Danzig-polnischen Verträge zustehen. Für derartige Behauptungen fehlt jede Spur eines Beweises. Die NSDAP ist mit der vom Völkerbund garantierten Verfassung zur Regierung gekommen; und sie wird auch noch weiter mit dieser von ihr nicht gemachten Verfassung regieren. Das kann man von ihr allerdings nicht verlangen, daß sie darauf verzichtet, jede Möglichkeit auszunutzen, die diese Verfassung ihr zur Verwirklichung des nationalsozialistischen Gedankenguts bietet. Eine Regierung, die das ganze Volk hinter sich hat und sich stark genug fühlt, das jederzeit zu beweisen, kann — wenn es sein muß — auch mit einer schlechten Verfassung regieren.



Die Propagandaliteratur des Thorner Baltischen Instituts.

Man wird feststellen dürfen, daß das deutsche Schrifttum, sowohl das publizistische wie das wissenschaftliche, in der letzten Zeit sich in der Behandlung deutsch-polnischer Fragen entsprechend der politischen Zielrichtung der Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten einer außerordentlichen Zurückhaltung und Disziplin befleißigt hat. Leider wird man gleichzeitig feststellen müssen, daß polnischerseits eine gerade im Sinne dieser Zusammenarbeit nicht unbedenkliche Aktivität in der Herausgabe propagandistischer Schriften zu verzeichnen ist. Seit dem Abschluß des deutsch-polnischen Nichtangriffspaktes vor einem Jahr sind in polnischer Sprache insgesamt 22 Bücher und Broschüren erschienen, die eindeutig in politisch-aggressiver Weise gegen die deutschen Volksgruppen in Polen, gegen Deutschland, gegen den „Revisionismus" und für erhöhte Aktivität der polnischen Volksgruppen in Deutschland eintreten. Außerdem sind von polnischen Autoren bzw. in polnischen Verlagen 14 Bücher und Broschüren in englischer Sprache, 11 in französischer und 5 in deutscher Sprache veröffentlicht worden, die im gleichen Sinne als aggressiv-propagandistisch bezeichnet werden müssen. Sämtliche Schriften tragen das Erscheinungsjahr 1933 und 1934.

Im Rahmen dieser Verlagstätigkeit pseudowissenschaftlich-propagandistischer Art nimmt das Baltische Institut in Thorn eine besondere Stellung ein. Bereits in den vergangenen Jahren ist die Arbeit dieses Instituts durch eine größere Anzahl von Veröffentlichungen bekannt geworden. Aber es ist Tatsache, daß gerade in den letzten Jahren und Monaten die Aktivität dieses Instituts in der Richtung der Vermehrung der Veröffentlichungen vor allem broschürenhaft-propagandistischen Charakters außerordentlich gestiegen ist. So hat das Baltische Institut eine Sonderreihe begonnen, die als „Bibljotezka Baltycka" in Polnischer, als „Petite bibliothèque Baltique" in französischer und als „The Baltic Pocket Library" in englischer Sprache erscheint. Schon die äußere Form dieser Veröffentlichungen ist recht aufschlußreich. Es handelt sich durchweg um Broschüren im Oktavformat, die so ausgestaltet und angelegt sind, daß sie in sehr großer Auflage in weitesten Kreisen des In- und Auslandes verbreitet werden sollen. Auch der Preis, der je Band 50 Groschen oder 1 Franc (also knapp 25 Pfennig) beträgt, ist entsprechend angesetzt. Die ganze Serie richtet sich wohl viel weniger an das inländische polnische Publikum als an das Ausland, auf dessen Mentalität in Form und Art der Darstellung weitgehend Rücksicht genommen und dessen Unkenntnis der wirklichen historischen, politischen, völkischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge ebenso weitgehend ausgenutzt wird.

Am Anfang der genannten Veröffentlichungen steht die Broschüre von Roman Lutman: „10 Thesen über Pommerellen." Der thesenhafte Charakter der Broschüre erlaubt es dem Verfasser, auch auf die Andeutung eines Beweises zu verzichten. Die Rückkehr Pommerellens in den polnischen Staat ist „der Sieg der geschichtlichen Gerechtigkeit" und bedeutet „die Wiederherstellung des natürlichen politischen Zustandes in diesem Teile Europas". Pomerellen, der einzige Zugang Polens zum Meere, habe 660 Jahre (!) zu Polen gehört, sei zu 90 % von einer polnischen Bevölkerung bewohnt und zwar teils von Polen, teils von Kaschuben, die kein abtrennbarer Bestandteil der polnischen Nation seien (?). Ohne Pommerellen wäre Polen „der Willkür Deutschlands ausgesetzt". Ostpreußen, so bemerkt der polnische Autor weiter, habe „durch die Existenz des Korridors wirtschaftlich, besonders verkehrswirtschaftlich, nicht die mindesten Nachteile (!)". Ostpreußen habe den „Charakter einer künstlichen deutschen Kolonie", seine ungünstige Wirtschaftslage sei bereits schon lange vor dem Kriege gegeben gewesen. „Die Verbindung Pommerellens mit Polen (die Bezeichnung „Korridor" lehnt der polnische Verfasser natürlich ab) stellt die schlechthin notwendige Friedensgarantie Europas dar", meint der Verfasser. Jeder Versuch einer Änderung dieses Zustandes müsse „einen neuen Weltkrieg zur Folge" haben.

Dasselbe Thema wie die Broschüre von Lutman wird in dem von Heinrich Strasburger, dem früheren diplomatischen Vertreter Polens in Danzig, herausgegebenen Büchlein behandelt, das unter dem Titel: „Die deutschen Absichten auf Pommerellen" veröffentlicht ist. Strasburger bemüht sich, eine aktuelle deutsche Angriffsgefahr auf Pomerellen zu konstruieren. Immer wieder wird in seinen Ausführungen deutlich, daß der Revisionismus schlechthin die Achse der deutschen Politik sei und daß die deutschen Aspirationen auf den Korridor von gewissen günstigen Triebfedern politischer Expansion bestimmt seien. Es muß, milde gesagt, sehr sonderbar berühren, daß angesichts der neuen Gestaltung der deutsch-polnischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen gerade von einem Manne, der viele Jahre hindurch an prominenter Stelle im auswärtigen Dienst Polens gestanden hat, eine unverhüllte kriegerische Angriffslust Deutschlands behauptet werden kann. Man kann nicht umhin, darin eine Diffamierung der von Deutschland ehrlich eingeleiteten Politik zu sehen.

Speziell mit den Nationalitätenverhältnissen Polens beschäftigt sich eine weitere Schrift, die vom früheren polnischen Außenminister Leon Wasilewski unter dem Titel: „Die Frage der Nationalitäten in Pommerellen" herausgegeben worden ist. Die Gesamthaltung dieser Schrift wird schon aus dem Schluß der Einleitung klar, wo der Verfasser sagt: „Der Vertrag von Versailles hat, indem er Pommerellen zurückgab, nichts weiter getan als die Wiedervereinigung dieses Landes unzweifelhaft polnischer Bevölkerung mit Polen". Die ersten Kapitel der Broschüre sind im wesentlichen der historischen Fragestellung gewidmet und bringen den „Beweis", daß deutsche Einflüsse auf dem Gebiete Pommerellens den geschichtlichen Ablauf des letzten Jahrtausends kaum in nennenswertem Maße wirklich tiefgehend, d. h. die Bevölkerungsstruktur beeinflussend festzustellen seien. Von Friedrich dem Großen bis zum Beginn des Weltkrieges sieht der polnische Verfasser eine einzige Linie bewußter und mit allen Mitteln der Gewalt und Brutalität durchgeführter Germanisierungsarbeit. Daß damit die Wirklichkeit völlig entstellt wird, daß Friedrich der Große als Germanisator im Sinne modernen nationalstaatlichen Denkens bezeichnet wird, obwohl er unzweifelhaft vorwiegend das merkantilistische Ziel sah, die von Preußen erworbenen Gebiete zu „peuplieren", übersieht der Verfasser, ebenso wie er sich keine Mühe gibt, die Veränderungen und Schwankungen der preußischen Polen-Politik des letzten Jahrhunderts irgendwie zu werten. Wenn Wasilewski in dem Schlußartikel seiner Arbeit den Bevölkerungsrückgang in Pommerellen von 1921—1931 untersucht, so finden wir hier die bekannten polnischen Thesen der „Nichtbodenständigkeit der abgewanderten Bevölkerung", der „freiwilligen Abwanderung der größten Zahl der Deutschen" — alles Behauptungen, die Rauschning in seinem bekannten Buche über die Entdeutschung Posens und Westpreußens schon vor Jahren als unhaltbar und den Tatsachen widersprechend festgestellt hat. Es ist übrigens für die Art der Beweisführung der Aufklärungsschriften des Baltischen Instituts kennzeichnend, daß der polnische Autor sich durchaus nur an die Wojewodschaftsgrenzen Pommerellens hält und die Frage des Deutschtums im Netzegau und im Westposener Grenzgebiet überhaupt kaum berührt, obgleich doch gerade in diesen Gebieten zum Teil noch recht beachtliche deutsche Volksgruppen in geschlossener Siedlung leben. Aber das Ziel des polnischen Verfassers ist klar: auf Grund der polnischen Sprachenzählung von 1931 nachzuweisen, daß dieses Gebiet „absolut polnisch" ist, wobei auch wiederum, ob absichtlich oder unabsichtlich sei dahingestellt, darauf verzichtet wird, sich irgendwie mit der Frage der Sprache und Volkstumszugehörigkeit in diesen Grenzgebieten auseinanderzusetzen.

Eine ähnliche Art der Beweisführung finden wir in der Schrift des Professors der Posener Universität Florjan Znaniecki, die unter dem Titel „Die sozialen Kräfte des Kampfes um Pommerellen" in der gleichen Schriftenreihe des Baltischen Instituts herausgegeben ist. Es mag genügen, hier einige Zitate der Gedankengänge Znanieckis herauszuheben, um die Zielrichtung und die Art der Beweisführung dieses polnischen Wissenschaftlers zu kennzeichnen. Auch hier wird die Aggressivität Deutschlands der Friedensliebe Polens antithetisch gegenübergestellt, so, wenn Znaniecki ausführt, daß der deutsche Staat dazu neige, das Gebiet Pommerellens durch Diplomatie oder Krieg zu nehmen, während Polen nur gewillt ist, Deutschland daran zu hindern, Pommerellen zu erobern. Die ausgesprochene Aktivität, die der polnische Verfasser aber trotz dieser scheinbar nur defensiven Haltung propagiert, kommt sehr deutlich zum Ausdruck, wenn er betont, daß, wenn Deutschland Pommerellen haben wolle, um eine Verbindung des Reiches mit Danzig und Ostpreußen herzustellen, Polen bestrebt sein müsse, den Rest der Ostsee von Kolberg bis Memel an sich zu reißen. Auch Znaniecki verzichtet nicht darauf, von der deutschen „destruktiven Expansion" zu sprechen, einer Behauptung, die sich gerade heute in der Schriftenreihe eines staatlich subventionierten polnischen Instituts recht eigentümlich ausnimmt. Diese „destruktive Expansion" sei eigentlich unsinnig, da Deutschland auch ohne Pommerellen ein großer Staat bleibe, wobei der polnische Verfasser recht bezeichnend hinzufügt „eventuell auch ohne Danzig und Ostpreußen". Dieser deutschen „Expansionswut" stellt Znaniecki die polnische Friedensliebe ostentativ gegenüber, da Polen in keiner Weise versuche, die deutsche Nation zu untergraben, sie zu beherrschen oder zu polonisieren; im Gegenteil, meint er, es sei merkwürdig, daß trotz des vielen Unrechts, das Polen erlitten habe, es in Polen verhältnismäßig wenig Haß den Deutschen gegenüber gebe im Verhältnis zu dem Haß, den man in Deutschland den Polen gegenüber feststellen könne. Es mag dahingestellt bleiben, ob Schriften wie die vorliegende Broschüre geeignet sind, eine wirklich gesunde Atmosphäre zwischen beiden Staaten, wie sie politisch notwendig und erwünscht ist, zu schaffen.

Mit mehr wirtschaftlichen Fragen beschäftigen sich die beiden letzten hier zu behandelnden Schriften des Baltischen Instituts. Arthur Osborne veröffentlichte eine Broschüre über „Das Grundeigentum und die Bevölkerung in Pommerellen". Auch diese Schrift geht von der Grundlage des deutschen Expansionsdranges und der absolut polnischen Zusammensetzung Pommerellens aus. Man habe Polen, so führt der Verfasser schon in der Einleitung aus, vor der Weltmeinung angeklagt, Pommerellen mit Gewalt entdeutscht zu haben. Seine Arbeit habe die Aufgabe, diese Anklage zu widerlegen. Die Widerlegung erfolgt zunächst in der Form der historischen Beweisführung, in der der Verfasser wiederum nur von Pommerellen spricht, ohne vom Netzegau und dem Westposener Grenzgebiet auch nur [illegible] zu reden. Durch diese Weglassung vermag der polnische Verfasser da[s] „beweisen", daß nur etwa 300 000 Deutsche aus Pommerellen [ab]gewandert seien, von denen nur annähernd 110 000 zwischen 192[1] [und] 1931 das Land verlassen hätten. Daraus folgert Osborne, da[ß von] einem Emigrationszwang für die Deutschen in Pommerellen nic[ht ge]sprochen werden könne. Sich den Landverhältnissen in Pomm[erellen] zuwendend, betont der Verfasser, daß Polen durch die Ag[rar-]

reform nur die deutsche Agrarpolitik der Vorkriegszeit in Pommerellen fortgesetzt habe, was keineswegs mit Nationalitätenfragen zu tun habe. Er wirft einen Seitenblick auf Ostpreußen und behauptet, daß die deutsche Osthilfe-Gesetzgebung in Ostpreußen demgegenüber eine „Zwangseindeutschung mit Reichsmitteln“ erstrebe. „Im Gegensatz dazu“, schreibt er weiter, „vertritt die polnische Agrarpolitik nur ausgesprochen agrarische Gesichtspunkte und ist einheitlich für das ganze Land, während die deutsche Agrarpolitik ausgesprochen nationalistisch ist und für Ostpreußen einen Ausnahmecharakter hat“. Die Behauptung, daß Deutschland mit ungeheuren Mitteln eine Zwangseindeutschung Pommerellens betrieben hat, und daß eine gewaltsame Fortnahme von Land von polnischen Besitzern in größerem Umfange zu deutscher Zeit durchgeführt sei, die der Verfasser aufstellt, kann wohl kaum anders als eine bewußte Fälschung bezeichnet werden. Osborne schließt, daß unwiderleglich festgestellt sei, daß alle gegen Polen erhobenen Beschuldigungen nur den einen Zweck hätten, Polen zu schwächen und auf dem internationalen Forum zu isolieren, um eine Revision der deutschen Ostgrenze herbeizuführen, während doch die polnische Minderheitenpolitik seit jeher den Charakter ausgesprochener Humanität gezeigt habe.

Als letzte der interessanten Schriften des Baltischen Instituts sei die des Professors der Technischen Hochschule in Warschau Rybczynski erwähnt, der über das Thema „Die pommerellische Weichsel“ schreibt. Rybczynski betont einleitend die große wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung des Weichselstromes für das alte polnische Reich und sieht die im Vergleich mit anderen großen Flüssen Europas zurückbleibende Entwicklung des Weichselverkehrs im letzten Jahrhundert in der politischen Abtrennung des unteren Weichsellaufes von dem gesamtpolnischen Wirtschaftsgebiet. „Nur im engen politischen Verband mit Polen“, so meint er, „kann die pommerellische Weichsel wirtschaftlich zur Bedeutung kommen.“ Die Aufgabe, die Professor Rybczynski sich gestellt hat, dafür den Beweis zu erbringen, ist allerdings ungeheuer schwierig. Trotz seiner Angaben über die Fürsorge, die der neue polnische Staat dem Weichselfluß zugewandt habe, kann er den Eindruck nicht entkräften, daß eigentlich recht wenig für die Erhaltung der Weichsel, geschweige denn für ihren Ausbau, geschehen ist. Auch die Ziffern, die er über die Entwicklung des Weichselverkehrs, über den Stand der Weichselflotte bringt, verändern das Bild nicht, denn es ist nun einmal unwiderleglich, daß Polen den Weichselstrom im Laufe der letzten 15 Jahre nicht in irgendwie bedeutendem Maße verkehrswirtschaftlich entwickelt hat, daß vielmehr gerade infolge der Seeküstenpolitik eine starke Forcierung des Schienenweges (Kohlenbahn Kattowitz—Gdingen) eingetreten ist, als deren Folge eine Stagnation des Weichselverkehrs feststellbar ist, wenn auch gewisse konjunkturelle und technische Gründe in den letzten Jahren zeitweilig eine Steigerung der Verkehrsmengen gebracht haben. In einem Anhang glaubt Rybczynski dann, auch auf die deutschen Angriffe eingehen zu müssen, die diese Nichtausnutzung des Weichselstromes zum Gegenstand haben. Insbesondere behauptet er, daß der Abbruch der Weichselbrücke bei Münsterwalde eine wirtschaftlich durchaus gerechtfertigte und nicht militärisch oder politisch begründete Tatsache sei, daß die Überschwemmungsgefahr für die Marienwerderer Niederung durch Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen gänzlich behoben werden könne, daß es aber an dem guten Willen Deutschlands bisher sehr gemangelt habe, daß „der Zugang der ostpreußischen Bevölkerung zur Weichsel zu wirtschaftlichen Zwecken so geregelt ist, wie es vor dem Kriege der Fall war“ — kurz, daß von einer Zerreißung des ostdeutschen Binnenschiffahrtsnetzes durch die neue Grenzziehung in irgendeiner Form nicht gesprochen werden könne!

Fassen wir zusammen: Die Feststellung einer deutschen Aggressivität, eines politisch-militärischen Revisionismus klingt in sämtlichen Publikationen des Baltischen Instituts, teils in verschleierter Form an, teils wird diese Behauptung direkt ausgesprochen. Irgendwelche Beweise geben die polnischen Autoren für ihre Behauptungen nicht. Es ist eigentlich nichts weiter als die in vielen Variationen wiederkehrende Feststellung des gefährlichen und undefinierbaren deutschen Dranges nach Osten, der Kriegsgefahr, die von Deutschland ausgehe, der unberechtigten Aspirationen, die Deutschland auf Gebiete habe, die für Polen politisch und wirtschaftlich lebenswichtig seien und die völkisch unzweideutig zu Polen gehören. Ton und Inhalt dieser polnischen Publikationen müssen zum mindesten als höchst unzeitgemäß bezeichnet werden. Eine Behauptung wird dadurch, daß man sie ständig wiederholt, nicht wahrer. Aber wenn man sie gerade im gegenwärtigen Moment und gerade in dieser Form, wie das Baltische Institut es tut, bringt, so liegt darin die nicht zu unterschätzende Gefahr einer Sabotage der Politik des Zusammenarbeitens zwischen Deutschland und Polen.

Dr. P. H. Seraphim.

Zwangsaufteilung deutscher Güter in Posen-Pommerellen.

Der „Dziennik Ustaw“ Nr. 9 vom 14. Februar 1935 veröffentlichte eine Verordnung des Ministerrats vom 13. Februar, nach welcher der in der Verordnung des Ministerrats vom 26. März 1934 festgesetzte Parzellierungsplan für das Jahr 1934 für Privatbesitz durch freiwillige private Parzellierung nicht in vollem Umfange durchgeführt worden ist. Nach diesem Plan sollten parzelliert werden in der Wojewodschaft:

Warschau	8 300 Hektar	Tarnopol	13 500 Hektar
Nowogrodek	7 000 „	Posen	11 000 „
Wolhynien	8 500 „	Pommerellen.	4 500 „

Parzelliert wurden im Laufe des Jahres 1934 in der Wojewodschaft:

Warschau	7 082 Hektar	Tarnopol	7 817 Hektar
Nowogrodek	4s768 „	Posen	3 958 „
Wolhynien	6 452 „	Pommerellen.	291 „

Es werden somit im Jahre 1935 zwangsparzelliert in der Wojewodschaft:

Warschau	1 218 Hektar	Tarnopol	5 683 Hektar
Nowogrodek	2 232 „	Posen	7 042 „
Wolhynien	2 048 „	Pommerellen.	4 209 „

Es unterliegen also der Zwangsparzellierung in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen 11 251 Hektar, die sich auf folgende Güter verteilen (die deutschen Eigentümer werden namentlich genannt):

im Kreise Bromberg: 345 Hektar der Rittergüter Klarheim und Hohenhausen, Eigentümer Hans Georg von Klahr;

in den Kreisen Kolmar und Wongrowitz: 1450 Hektar aus polnischem Besitz;

im Kreise Inowroclaw: 345 Hektar des Rittergutes Jakschitz, Eigentümer Günther Sternfeldt;

im Kreise Krotoschin: 1500 Hektar der Güter Gora, Parzenczew, Panienka und Roszkow, Eigentümer Ernst und Eduard Fischer von Mollard;

im Kreise Neutomischel: 890 Hektar aus polnischem Besitz;

in den Kreisen Samter, Obornik und Kolmar: 1000 Hektar der Ordination Obersitzko, Malygaj, Slopanowo, Wischin, Grünberg, Stobnitz, Eigentümer Siegmund Eduard Kazimierz Nalecz-Raczynski;

im Kreise Wirsitz: 175 Hektar der Güter Klein-Wissek und Groß-Wissek, Eigentümer Walter Büttner, 280 Hektar des Gutes Schönsee, Eigentümer Ernst Büttner, 1060 Hektar aus polnischem Besitz;

im Kreise Culm: 350 Hektar aus polnischem Besitz;

in den Kreisen Konitz und Karthaus: 500 Hektar der Güter Dombrowo, Bruß, Glauchau, Eigentümer Emil Lange;

im Kreise Soldau: 150 Hektar aus polnischem Besitz;

im Kreise Graudenz: 130 Hektar der Güter Melno und Gruta, Eigentümer Egbert von Bieler, 60 Hektar des Gutes und Vorwerks Wangerau, Eigentümer Erich Temme;

im Kreise Karthaus: 120 Hektar aus polnischem Besitz;

im Seekreise: 400 Hektar des Gutes Mieroszyno, Eigentümer Johannes Hannemann, 234 Hektar aus polnischem Besitz, 220 Hektar des Gutes Kochanowo, Eigentümerin Magdalene Koch;

im Kreise Stargard: 300 Hektar aus polnischem Besitz; 305 Hektar des Gutes Kokoszken, Eigentümer Franz Wirtz;

im Kreise Schwetz: 600 Hektar des Gutes Rasmushausen, Eigentümer Arno Rasmus, 110 Hektar der Güter Parlin, Poledno, Niedwitz, Groß Konopat, Eigentümer Fritz Hilmar v. Wutenau;

im Kreise Dirschau: 120 Hektar der Güter Kuche, Gronowo und Sprauden, Eigentümer Richard Ziehm, 375 Hektar des Gutes Liebenhoff, Eigentümerin Dorothea Heidemann, 235 Hektar des Gutes Groß-Roschau, Eigentümerin Helene Mac Lean.

*

Unter den 25 Gütern, die im Jahre 1935 der Zwangsparzellierung unterliegen, befinden sich demnach 17 deutsche. Von der Fläche, die nach der Namensliste in Pommerellen zwangsparzelliert wird, stammt etwa drei Viertel aus deutschem Besitz, in Posen die knappe Hälfte. Schon im vergangenen Jahre hatten die Deutschen in Posen und Pommerellen gehofft, daß die polnische Regierung die ungerechtfertigt starke Heranziehung des deutschen Besitzes, die in den Jahren zuvor üblich gewesen und von den Völkerbundsinstanzen gerügt worden war, mit Rücksicht auf die deutsch-polnische Annäherung einstellen werde. Diese Hoffnung wurde enttäuscht. Auch jetzt hält Polen die unzweifelhafte Benachteiligung des deutschen Besitzes noch mit dem Geist des Paktes vom Januar 1934 für vereinbar. Es muß festgestellt werden, daß sich unter den von der Zwangsparzellierung heimgesuchten deutschen Gütern solche befinden, die als Musterwirtschaften gelten können, deren Zerschlagung nicht nur die Besitzer, die nur eine völlig unangemessene Entschädigung erhalten, schädigen, sondern auch die landwirtschaftliche Kultur des Landes in Mitleidenschaft ziehen muß. Die Berufung darauf, daß es sich bei dem Agrarreformgesetz um ein allgemein gültiges und nicht gegen die Deutschen speziell gerichtetes Gesetz handele, kann nicht als stichhaltig anerkannt werden. Es kommt nicht darauf an, daß ein Gesetz formell das gleiche Recht für alle vorsieht, sondern darauf, daß es auch nach diesem Grundsatz des gleichen Rechtes durchgeführt wird. Das ist aber bei der polnischen Agrarreform noch niemals der Fall gewesen und ist auch bei dem Zwangsparzellierungsplan für das Jahr 1935 nicht der Fall. Der deutsche Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche der Westwojewodschaften Posen und Pommerellen beträgt etwa 10 v. H. Zur Zwangsparzellierung aber wird der deutsche Besitz tatsächlich mit 60 v. H. herangezogen.

Vom Westmarkenverein zum Westverband.

Im November v. J. hat der polnische „Verband zum Schutze der Westgebiete" (Westmarkenverein) eine neue Satzung erhalten. Es war seinerzeit in der polnischen Presse viel Aufhebens von der „Umstellung" dieses in der Bekämpfung des Deutschtums besonders aktiven Verbandes gemacht worden. Sieht man sich jedoch die Satzung des neuen „Polnischen Westverbandes" und diejenige des alten Westmarkenvereins an, so kann man nicht feststellen, daß eine wesentliche Abschwächung des alten Kampfcharakters dieser Organisation eingetreten ist — soweit das in der Satzung zum Ausdruck gebracht werden kann. Mit den entsprechenden Änderungen, die innerhalb der deutschen Ostverbände eingetreten ist und bei denen in weitgehendem Maße auf die Tatsache des deutsch-polnischen Paktes Rücksicht genommen worden ist, ist die Umstellung des polnischen Kampfverbandes jedenfalls nicht zu vergleichen.

Änderungen sind zunächst eingetreten im inneren Aufbau der Organisation selbst. Auf Einzelheiten braucht hier nicht eingegangen zu werden. Hervorgehoben zu werden verdient nur die bei der Satzungsänderung zu bemerkende Tendenz, den Einfluß des Regierungsblocks auf die Tätigkeit des Verbandes zu stärken. Der Sitz des Westmarkenvereins war Posen. Diese Stadt war und ist auch heute noch eine Hochburg der oppositionellen Nationaldemokratie. Der Sitz des Polnischen Westverbandes ist nach der Landeshauptstadt Warschau, also in eine Umgebung verlegt worden, wo die Ideologie des Pilsudski-Regimes vorherrschend ist und von woher — wie man annehmen kann — diese Ideologie sich mit der Zeit auch stärker als bisher auf der praktischen Wirksamkeit des Verbandes auswirken wird. Bemerkenswert ist weiter die in der neuen Satzung des Verbandes durchbrechende Tendenz eines weniger demokratischen, mehr autoritären Aufbaus.

Anders als bisher sind die Aufgaben des Verbandes umschrieben. In der Satzung des alten Westmarkenvereins hatte der § 2 folgenden Wortlaut: „Der Verband zum Schutze der Westgebiete ist eine überparteiliche Organisation, die alle Anstrengungen der polnischen Bevölkerung zum Zwecke der Verteidigung der nationalen Interessen der Westgebiete der Republik konzentriert. Zu diesem Ziele strebt er durch Aufklärung und Organisierung der Bevölkerung auf allen Gebieten des nationalen Lebens, durch Anregung der bestehenden sozialen Stellen oder durch Schaffung von notwendigen Neuorganisationen."

Dieser Charakter und Ziel bezeichnende Paragraph hat in der Satzung des neuen Westverbandes folgenden Wortlaut erhalten: „§ 4: Der Verein ist eine überparteiliche Organisation, die die Anstrengungen der polnischen Bevölkerung zur allseitigen Entwicklung der polnischen staatlichen und nationalen Kräfte im Westen konzentriert. § 5: Der Verein verwirklicht dieses Ziel durch: a) Anregung und Durchführung von Arbeiten, die die Entwicklung der wirtschaftlichen und kulturellen polnischen Kräfte im Westen zum Ziele haben; b) Sorge um die polnische Bevölkerung in Deutschland, Erlangung und Zurverfügungstellung von Mitteln für diese Bevölkerung, die eine gebührende Befriedigung ihrer kulturellen und wirtschaftlichen Bedürfnisse ermöglichen; c) programmatische Arbeit an der Untersuchung aller Probleme, die die nationale, wirtschaftliche und kulturelle Stellung Polens im Westen betreffen; d) Vertiefung und Befestigung der Kenntnis dieser Probleme durch eine Propagandaaktion wie auch durch die Zusammenarbeit mit Institutionen, die sich mit der Erfassung und Propagierung verwandter Probleme befassen. Auf dem Gebiete der Unterstützung der polnischen Bevölkerung in Deutschland arbeitet der Polnische Westverband mit allen Faktoren zusammen, die sich mit der Sorge um die Polen im Auslande befassen, insbesondere mit dem Weltbund der Polen."

Bei einem Vergleich dieser entsprechenden Bestimmungen der alten und der neuen Satzung fällt folgendes sofort in die Augen. In der alten Satzung war von einer Verteidigung der Westgebiete die Rede. Der Abwehrcharakter der alten Organisation wurde in dem § 8 noch besonders unterstrichen; dort wurden als Pflichten der Mitglieder des Westmarkenvereins festgestellt: „. . . b) die Erhaltung und Wahrung der nationalen Würde sowie das Mitwirken bei der Beseitigung der Spuren der Unfreiheit; c) die Wachsamkeit gegenüber den Ansprüchen und Gefahren, die den Westgebieten und dem polnischen Staate drohen." Diese negative Zielsetzung, die durchaus der ständigen polnischen Angst vor der sogenannten „deutschen Gefahr" entsprach, ist in der neuen Satzung einer positiven Zielsetzung gewichen. Es widerspricht dem gesteigerten Selbstbewußtsein des heutigen polnischen Staates, der unter der Führung Pilsudskis und Becks eine eigenwillige Außenpolitik betreibt, nur an die Verteidigung gegen das Deutschtum zu denken. „Die Spuren der Unfreiheit", von denen in der alten Satzung die Rede ist, sind in den ersten 15 Jahren der polnischen Selbständigkeit — nach Ansicht des Regierungsblocks — überwunden. Das soll heißen: Das Deutschtum in den ehemals preußischen Gebietsteilen ist so sehr geschwächt worden, daß es — selbst nach der Auffassung ängstlicherer Gemüter — eine Gefahr für das Polentum nicht mehr bedeutet. Mit welchen Mitteln die Ausrottung der sogenannten „deutschen Gefahr" durchgeführt worden ist, ist zur Genüge bekannt. Aus dieser Einstellung ergibt sich, daß der heutige polnische Staat sich für stark genug hält, in den völkischen Fragen von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. Das kommt in der neuen Satzung sehr deutlich zum Ausdruck. Es ist in ihr nicht mehr von der Verteidigung gegen das Deutschtum, sondern von der „allseitigen Entwicklung der polnischen staatlichen und nationalen Kräfte" die Rede. Vor allem aber wird das Tätigkeitsgebiet des Verbandes vom polnischen Staatsgebiet über die deutsch-polnischen Grenzen nach Deutschland vorgeschoben, indem „die Sorge um die polnische Bevölkerung in Deutschland" zu einer satzungsgemäßen Aufgabe des Verbandes erhoben und die Zusammenarbeit mit dem Weltbund der Polen festgelegt wird. Die Kampffront des Verbandes wird also nach Deutschland verlegt; die Arbeit, die innerhalb der polnischen Staatsgrenzen noch zu leisten ist, wird nur noch als Aufbau- und Aufräumungsarbeit in der Etappe gewertet. Es ist das dieselbe Anschauung der völkischen Probleme, die der ostoberschlesische Kampfwojewode Grazynski vor längerer Zeit schon triumphierend mit etwa folgenden Worten ausgedrückt hat: Es sei gelungen, die deutsche Front in Ostoberschlesien zu zerbrechen; es sei jetzt soweit, daß der Angriff des Polentums über die Grenzen hinaus auf westoberschlesisches Gebiet vorgetragen werden könne.

Bemerkenswert ist in dieser Beziehung auch der letzte Absatz der Satzung des Polnischen Westverbandes (§ 63), wo es heißt, daß im Falle einer Auflösung des Verbandes die Liquidierung des Vermögens zugunsten einer Institution durchzuführen sei, „die sich mit der Fürsorge für die Auslandspolen und besonders für die Polen in Deutschland befaßt". Man scheint also damit zu rechnen, daß es in näherer oder fernerer Zukunft nicht mehr nötig sein werde, eine besondere Organisation zu erhalten, die sich die Polonisierung der polnischen Westgebiete zum Ziele gesetzt hat, weil dort dann vielleicht nichts mehr zu polonisieren, d. h. nichts mehr zu entdeutschen ist, daß man dann also alle für den Volkstumskampf verfügbaren Kräfte den für das Auslandspolentum und besonders für das Polentum in Deutschland tätigen Institutionen werde zur Verfügung stellen können. Das ist das Interessante und Lehrreiche der neuen Satzung, daß sie zum Ausdruck bringt, daß auf polnischer Seite der Volkstumskampf innerhalb und außerhalb der Staatsgrenzen von ein und demselben Verbande, also offenbar auch nach denselben Gesichtspunkten, und zwar in durchaus aggressiver Weise, durchgeführt wird.

Die deutsch-polnische Annäherung.

Am 21. Februar traf der Stadtpräsident von Warschau, Minister a. D. Starzynski, in Dresden ein. Er erwiderte damit den Besuch, den vor einigen Wochen der Dresdener Oberbürgermeister Zörner der polnischen Hauptstadt abgestattet hatte. In Begleitung Starzynskis befanden sich der Warschauer Stadtvizepräsident Olpinsky, Stadtingenieur Synek, Stadtvizepräsident Skoczylas (Krakau) und Universitätsprofessor Jachimecki (Krakau). Zu ihrem Empfang hatten sich Oberbürgermeister Zörner, Bürgermeister Dr. Kluge und als Vertreter der sächsischen Regierung Ministerialrat Dr. Gottschald eingefunden. Auch der Leipziger polnische Konsul, Brzezinski, und sein Amtsnachfolger Czudowski waren zum Empfang auf dem Hauptbahnhof erschienen. Die polnischen Gäste wurden im Rathaus von der Stadt offiziell begrüßt; dann statteten sie dem Reichsstatthalter Martin Mutschmann und dem Staatsminister Dr. Fritsch Besuche ab und begaben sich dann in das sächsische Hauptstaatsarchiv, wo sie sich eingehend von der großen allgemeingeschichtlichen Bedeutung und dem umfangreichen und wertvollen Quellen- und Urkundenmaterial dieses Instituts überzeugen konnten. Besonderes Interesse fanden dabei naturgemäß die auf Polen bezüglichen Dokumente und Pläne aus der Zeit August des Starken und seines Sohnes August III., und zwar insbesondere die Döppelmannschen Entwürfe für das Warschauer Schloß, die Pläne für andere Prunkbauten und Gartenanlagen in und bei Warschau, in Krakau und Grodno sowie eine Anzahl eigenhändiger Bauentwürfe August des Starken.

Nach einer Fahrt zum Kurort „Weißer Hirsch" begaben sich die Gäste in das Deutsche Hygiene-Museum, das durch seine Wanderausstellungen in fast allen europäischen und vielen überseeischen Ländern überall bahnbrechend gewirkt hat. Auch in Warschau ist im Jahre 1922 vom Deutschen Hygiene-Museum eine hygienische Schule zur Fortbildung von Ärzten und Medizinbeamten eingerichtet worden. Stadtpräsident Starzynski gab seine Eindrücke über die Besichtigung in Worten der Anerkennung und Bewunderung Ausdruck. Anschließend folgte Stadtpräsident Starzynski mit seiner Begleitung einer Einladung der Stadt Dresden zum Besuche der Dresdner Staatsoper.

*

Am 125. Geburtstage Friedrich Chopins fand in Dresden eine deutsch-polnische Feierstunde zu Ehren dieses bedeutendsten polnischen Komponisten statt. An dem Hause am Neumarkt in Dresden, in dem

Chopin einige Zeit gewohnt hatte, wurde eine Gedächtnistafel, die ein Relief des Künstlers zeigt, enthüllt. Die Veranstaltungen fanden in den Festräumen des Dresdner Rathauses ihren Abschluß. Bei dieser Gelegenheit ergriffen u. a. Staatssekretär Funk und Stadtpräsident Starzynski-Warschau das Wort. Starzynski führte u. a. aus: „Der Besuch des Herrn Oberbürgermeister Zörner in Warschau und unser jetziger Gegenbesuch in Dresden sind nicht nur Akte der Höflichkeit, sondern vor allen Dingen der Ausdruck des ehrlichen Willens, die kulturellen Beziehungen zu erneuern, die vor zwei Jahrhunderten unsere Hauptstädte verbanden. Ein einigendes Band umschlang uns in der Zeit gemeinsamer Herrscher, und die daraus entstandene Freundschaft wurde in der Zeit der großen Polen-Emigration noch vertieft. Hier bei Ihnen in Dresden weilte unser großer Dichter Slowacki in dem für Polen unvergeßlichen Jahr 1831. Hier begründete Klaudina Potocka ein Asyl für die Flüchtlinge aus Polen. Vor einigen Stunden nahmen wir teil an der feierlichen Enthüllung der Gedenktafel an der Wand des Hauses, in dem vor einem Jahrhundert der große Meister der Töne Friedrich Chopin wohnte. Sowohl in Ihren wie auch in unseren Herzen leben noch heute Gefühle der Verehrung für einen der edelsten Menschen jener Zeit, für Friedrich August, den Herzog von Warschau. Das Andenken an diesen gerechten menschlichen Fürsten hüten noch heute die Herzen der Warschauer.... Hier schuf unser größter Nationalpoet Adam Mickiewicz sein Meisterwerk „Dziady und Ksiegi Pielgrzymsta". Hier in Ihrem Athen, wie man Ihre Stadt der Kunst mit vollem Recht genannt hat, lebte, wirkte und starb 1835 unser bedeutendster Dichter Kasimir Brodzinski. Er ruht nicht allein auf dem Dresdener Friedhof. Neben ihm fand eine Legion von Freiheitskämpfern, darunter General Skarbek und Wouczynski, sowie Staatsmänner, Gelehrte, Dichter und Künstler ihre letzte Ruhestätte. Nach dem Polenaufstand im Jahre 1863 fand hier einer unserer fruchtbarsten Romanschriftsteller, Joseph Ignaz Kraszewski, seine Zuflucht. Ihre Gastfreundschaft gestattete ihm die Veröffentlichung seiner Schriften, die zahlreichen Emigranten und Flüchtlingen aus Polen die heißersehnte Kunde aus dem verlorenen Vaterland vermittelte. Auch in dieser Zeit vermehrten sich auf Ihrem Friedhof die Reihen der polnischen Gräber. . . ."

*

Am 25. Februar wurde in Berlin das Deutsch-polnische Institut an der Lessing-Hochschule eröffnet. Der Rektor der Technischen Hochschule, SA-Oberführer Prof. Dr. von Arnim, sprach in seiner Eröffnungsrede über die Notwendigkeit des gegenseitigen Sichkennenlernens. Adolf Hitler habe das Verständnis des deutschen Volkes für die Kraft und Reinheit des Volkstums, auch des fremden, gelehrt. Der polnische Botschafter Lipski dankte den Vertretern der Reichsregierung, insbesondere dem Ministerpräsidenten Göring, sowie den Reichsministern Dr. Goebbels und Seldte für die Förderung, die sie dem Institut zuteil werden ließen. Der Arbeitsplan des Instituts sieht u. a. regelmäßige Vorträge über polnische Fragen vor, zu denen nicht nur deutsche, sondern auch polnische Redner herangezogen werden sollen. Es dürfte sich von selbst verstehen, daß, nachdem den Polen mit der Gründung des Instituts eine neue Propagandamöglichkeit in der Reichshauptstadt eröffnet worden ist, eine entsprechende Institution in der polnischen Landeshauptstadt eingerichtet wird, die es auch der deutschen Seite ermöglicht, sich in ähnlicher Weise aufklärend zu betätigen. Denn von Verständigung kann erst dann wirklich die Rede sein, wenn auf beiden Seiten mit derselben entgegenkommenden Bereitschaft gearbeitet wird, wenn also der Grundsatz der Gegenseitigkeit in der Errichtung und Auswertung von Propagandamöglichkeiten gewahrt wird.

*

Der Warschauer Sejm ratifizierte am 21. Februar die Wirtschaftsverträge, die im Frühjahr letzten Jahres abgeschlossen wurden, insbesondere das Abkommen über die Beendigung des deutsch-polnischen Zollkrieges. Gegen die Ratifizierung polemisierte der Sprecher der Nationaldemokraten, der eine Aussprache über die Abkommen im zuständigen Sejmausschuß verlangte. Sein Antrag wurde abgelehnt.

*

Wie mit der Jugend anderer Völker, so bemüht sich die Hitler-Jugend auch mit der jungen polnischen Generation in engere Fühlung zu kommen. Ein Anfang in dieser Richtung wurde im vergangenen Jahre bereits durch die Polenfahrt einer HJ-Gruppe unter Führung von Dr. Kügler gemacht. Anfang Februar nahm im Auftrage der Reichsjugendführung Karl Cerff, der Leiter der Abteilung Rundfunk der RJF, Fühlung mit dem polnischen Botschafter in Berlin wegen einer Austauschsendung zwischen der deutschen und der polnischen Jugend auf. Es wurde vereinbart, daß deutsche Hitlerjungen im polnischen und entsprechende Mitglieder polnischer Jugendorganisationen im deutschen Rundfunk zu Wort kommen sollen.

*

Auf Einladung der Deutschen Reichsbahn trafen am 21. Februar mehrere Vertreter des polnischen Verkehrsministeriums in Beuthen ein, von wo sie eine Rundreise nach Berlin—Leipzig—Weimar—Nürnberg—München—Köln—Berlin antraten. Die Reise dient dem Studium des deutschen Eisenbahnwesens.

Der polnische Staatshaushalt.

Der polnische Sejm hat am 18. Februar den Staatshaushaltsvoranschlag für das Wirtschaftsjahr 1935/36 in dritter Lesung angenommen. Für das Budget haben außer dem Regierungsblock lediglich die Deutschen und die aus der Nationaldemokratie ausgetretenen Abgeordneten gestimmt. Der Deutsche Klub hat nicht wie es in verschiedenen reichsdeutschen Blättern zu lesen war, deshalb für das Budget gestimmt, weil damit eine (nicht vorhandene) Besserung der Lage der deutschen Volksgruppe bestätigt werden sollte. Vielmehr hat der Sprecher des Deutschen Klubs seine Rede im Sejm mit folgenden Worten geschlossen: „Es ist vielleicht das letzte Mal, daß ein Vertreter unserer Minderheit von dieser hohen Tribüne zu einem Budget sprechen kann. Die augenblickliche Lage unserer Minderheit ist derart, daß wir als Zeichen unseres Unwillens dieses Budget ablehnen müßten. Aber wir wollen . . . nicht mit einer Geste des Unwillens scheiden. Wir stellen daher noch einmal alle unsere Sorgen und Leiden zurück hinter den Willen zur positiven Mitarbeit und hinter die Erkenntnis der Staatsnotwendigkeit. Daher werden wir für das Budget stimmen."

Der Jüdische Klub enthielt sich bei der Abstimmung über das Budget der Stimme. Alle anderen politischen Gruppen stimmten gegen den Haushaltsvoranschlag, und zwar die Nationaldemokraten, die bäuerliche Volkspartei, die Christlich-Demokratische Parte, die Sozialisten, die Kommunisten und die Ukrainer. Für die erstgenannten sprach der Abgeordnete Rybarski: Dieser Voranschlag, sagte er, sei kein gewöhnliches Budget, sondern eine allzu weit gehende Vollmacht für die Regierung. Er sei unvollständig und bewege sich in bloßen Allgemeinheiten. Er enthalte ein Chaos von Fonds. Die Regierung habe sich das Recht vorbehalten, Ausgaben aus einer Position in eine andere zu übertragen. Sie habe sich ferner die Möglichkeit offengehalten, Ausgaben auch außerhalb des Budgets zu machen. Die Zustimmung zu einem solchen Budget sei die Unterzeichnung eines Blankowechsels. Auch von den Rednern der anderen Parteien wurde in erster Linie die Unklarheit des Staatshaushaltes als unannehmbar bezeichnet. Weiter wurde betont, daß die Einnahmeseite des Budgets viel zu optimistisch gehalten und völlig unreal sei.

Im „Kurjer Warszawski" hat der nationaldemokratische Volkswirtschaftler Stephan Gorski das Budget einer eingehenden Kritik unterzogen. Es heißt dort u. a.: „Wenn ich an das Staatsbudget denke, überkommt mich immer die tiefste Sorge um die Zukunft des Landes. Wie unvermögend ist unser Staat, wenn die auf den einzelnen Bürger entfallende jährliche Ausgabe von 64.6 Zloty schon als allzu groß erscheint . . . Wie ist es damit in den anderen Staaten bestellt? Von den Ausgaben des Staatsbudgets entfielen in den verflossenen Jahren auf den einzelnen Bürger in der Tschechoslowakei 218,6 Zloty, in Deutschland 311 8 Zloty, in Frankreich 444,3 Zloty, in England 753,1 Zloty. Polen hat von allen europäischen Staaten das verhältnismäßig niedrigste Budget. Ein niedrigeres als Südslawien, das für den einzelnen Bürger 90,1 Zloty ausgegeben hat, ein niedrigeres als Rumänien, dessen Ausgaben für den einzelnen Bürger 78 5 Zloty betrugen. Und doch ist noch dieses verminderte Budget für unsere Bevölkerung allzu beschwerlich, und die Steuerrückstände häufen sich von Jahr zu Jahr auf. Wenn wenigstens unsere kulturellen und Verkehrseinrichtungen auf der Höhe Westeuropas ständen und wir uns eine Pause in der Vornahme neuer Investititionen gestatten könnten! Wenn wir schon das Niveau Westeuropas eingeholt hätten! Leider ist das nicht der Fall . . ."

„Polen hat noch gegen 30 v. H. Analphabeten, während die Tschechoslowakei ihrer 7 v. H. und Finnland nur 1 v. H. aufweisen . . . Das Netz unserer Eisenbahnlinien ist ungenügend und hält hinsichtlich seiner Dichte den Vergleich mit den westeuropäischen Staaten nicht aus. In Polen entfallen auf 100 Quadratkilometer 5,2 Kilometer Eisenbahnstrecken; in der Tschechoslowakei 9,6 Kilometer, in Deutschland 12.4 Kilometer, in Belgien 32,3 Kilometer. An Chausseen haben wir kaum 47.3 Kilometer, von denen ein nicht geringer Teil in einem schlechten Zustande ist. Autobahnen besitzen wir keine, während ihr Bau in Europa rasch fortschreitet. Im Flugwesen wurden auf den Passagier-Linien im Jahre 1933 in Polen 1,572 Millionen Kilometer zurückgelegt, während die Zahl der zurückgelegten Kilometer in Frankreich 9,969 Millionen, in Deutschland 10,141 Millionen betrug. Wir haben tüchtige Flieger und ausgezeichnete Apparate eigener Erzeugung, doch ihre Zahl entspricht nicht der Stellung unseres Staates. Und das Spitalwesen? In Polen entfallen auf 10 000 Einwohner 10 Betten, in der Tschechoslowakei 35,7, in Deutschland 87,2 . . . Welches Gebiet grundlegender Probleme man immer berühren mag", heißt es weiter, „stets befinden wir uns außerhalb des Wettbewerbs der westeuropäischen Staaten. Nicht hundert, sondern tausend Ursachen erklären unsere Verspätung. Doch Tatsachen bleiben Tatsachen. Eigentlich sollte man in unerhört beschleunigtem Tempo Europa einzuholen suchen; indessen müssen wir in Anbetracht der außerordentlich niedrigen Skala des Staatsbudgets weiterhin gegenüber dem ganzen Westen unseres Kontinents im Rückstande bleiben."

Danzig-Gdingen im Jahre 1934.

Der Warenverkehr im Danziger Hafen hat nach den Angaben des Hafenausschusses im Jahre 1934 im Vergleich zum Vorjahre eine mengenmäßige Steigerung um 1 216 187 Tonnen (gleich 23 v. H.) aufzuweisen. Er hat betragen:

	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamtumschlag
im Jahre 1932	428 103	5 047 949	5 476 052
„ „ 1933	493 167	4 699 808	5 152 975
„ „ 1934	655 981	5 713 181	6 369 165

Danach sind sowohl die Einfuhr- wie die Ausfuhrmengen gestiegen. Dieses Ergebnis ist an sich erfreulich. Es ist aber notwendig, einige Bemerkungen dazu zu machen, die ohne weiteres erkennen lassen, daß Danzig sich in einer weit ungünstigeren Lage als Gdingen befindet. Hinsichtlich der Umschlagsmenge bleibt Danzig seit 1932 ganz erheblich hinter dem konkurrierenden Gdingen zurück, wie sich aus nachstehenden Vergleichszahlen ergibt. Der Warenverkehr im Gdingener Hafen hat betragen:

	Einfuhr	Ausfuhr	Gesamtumschlag
im Jahre 1932	432 888	4 761 400	5 194 288
„ „ 1933	870 704	5 235 163	6 105 877
„ „ 1934	991 545	6 200 368	7 191 913

Im Jahre 1932 stand die Einfuhr über Danzig mit derjenigen über Gdingen etwa auf gleicher Höhe; die Ausfuhr über Danzig war noch um knapp 300 000 Tonnen größer als diejenige über Gdingen. Im Jahre 1933 wurde dann Danzig sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr von Gdingen überholt; die Ausfuhr über Danzig ging in diesem Jahre nicht unbeträchtlich zurück, während die über Gdingen erheblich zunahm. Im Jahre 1934 hat der Danziger Hafen den Rückschlag des Vorjahres zwar wieder aufgeholt, hat den Vorsprung des Gdingener Hafens aber nicht einzuholen vermocht. Der Gesamtumschlag ist im vergangenen Jahre in Danzig um etwa 823 000 Tonnen niedriger als in Gdingen gewesen. Die mengenmäßige Überlegenheit Gdingens ist aber noch nicht das Entscheidende. Wichtiger ist noch, daß die Zunahme des Umschlags über den Danziger Hafen fast ausschließlich auf eine Steigerung des Umschlages geringwertiger Massengüter zurückzuführen ist, während die Ein- und Ausfuhr der höherwertigen Güter mehr und mehr nach Gdingen abwandert. Wie sich in dieser Hinsicht die Verhältnisse im Danziger Hafen verschoben haben, läßt sich ungefähr aus der nachstehenden Übersicht entnehmen. Es verteilte sich die Einfuhr:

	1932	1933	1934
auf Massengüter	49,48 %	57,18 %	61,24 %
auf Stückgüter	50,52 %	42,82 %	38,76 %
und die Ausfuhr			
auf Massengüter	90,37 %	93,12 %	92,09 %
auf Stückgüter	9,63 %	6,88 %	7,91 %

Über 61 v. H. der Einfuhr und über 92 v. H. der Ausfuhr über den Danziger Hafen haben im vergangenen Jahre somit aus Massengütern (aus Erzen, Kohlen, Koks, Phosphaten, Schrott, Getreide, Holz usw.) bestanden. Mit diesem Umschlag von Massengütern hat der Danziger Handel nur wenig zu tun. Die Massengüter sind zum größten Teil reines Speditionsgut, das von den polnischen Ein- und Ausfuhrfirmen unter Ausschaltung des Danziger Handels unmittelbar vom Auslande bezogen, bzw. dorthin ausgeführt wird.

Dazu kommt noch ein weiteres Moment: Beim Danziger Handel ist zwischen deutschen und polnischen Firmen zu unterscheiden. Aus naheliegenden nationalen Gründen werden von Firmen in Polen, die sich der Danziger Handelsvermittlung bedienen, nach Möglichkeit polnische, in Danzig ansässige Handelsfirmen in Anspruch genommen. Zahlen über die nationale Gliederung des Danziger Handels liegen nicht vor. Doch hat ein führendes polnisches Wirtschaftsblatt kürzlich die Ansicht vertreten, daß sich der polnische Außenhandel, soweit er sich der Danziger Vermittlung bedient, wohl vorwiegend polnische und jüdische Firmen in Anspruch nimmt. Der Nutzen, den deutsch-danziger Firmen vom polnischen seewärtigen Außenhandel haben, kann unter diesen Umständen nicht allzu hoch veranschlagt werden. Von polnischer Seite wird offensichtlich großer Wert darauf gelegt, den polnisch-jüdischen Anteil am Danziger Handel in Zukunft noch weiter zu stärken. Bezeichnend ist in dieser Hinsicht die Bedeutung, die polnischerseits der Beteiligung polnischer, in Danzig ansässiger Firmen an der Leitung der Danziger Außenhandelskammer beigelegt wird.

Ostland-Chronik.

Taraskiewicz erschossen.

Weißrußland wurde durch den Rigaer Frieden unter die Sowjetunion und Polen geteilt. Der Führer der weißrussischen Nationalbewegung (Hromada) in Polen war Taraskiewicz. Er war Mitglied des Warschauer Sejm. Vor einigen Jahren geriet er als Führer der Hromada, deren Ziel die Bildung eines selbständigen weißrussischen Staatswesens ist, mit den polnischen Gesetzen in Konflikt. Er kam vor Gericht und wurde zu einer längeren Freiheitsstrafe verurteilt. Die Sowjetregierung glaubte Taraskiewicz für ihre politischen Zwecke ausnutzen zu können. Sie schlug der polnischen Regierung vor, den verurteilten Weißrussen als politischen Sträfling auszuliefern. Warschau ging darauf ein, und Taraskiewicz spielte in der Folgezeit in der Bauernorganisation Sowjetweißrußlands vorübergehend eine gewisse Rolle. Als er jedoch seinen bolschewistischen Auftraggebern unbequem wurde, wurde er nach Innerrußland versetzt. Vor einiger Zeit haben die Sowjets nun auch die Reihen der Führer der weißrussischen Nationalbewegung „gesäubert“. Dieser „Säuberung“ ist Taraskiewicz zum Opfer gefallen. Wie kürzlich bestätigt wurde, wurde er von der GPU erschossen. Weißrußland hat damit den Begründer seiner nationalen Bewegung verloren.

Die Familie Pilsudski.

Vor kurzem ist die Schwester des Marschalls Pilsudski, Frau Kadenac, gestorben. Bei dieser Gelegenheit hat sich die polnische Öffentlichkeit näher mit den Familienverhältnissen der Pilsudskis befaßt. Es stellte sich dabei heraus, daß die ganze Familie keinen einzigen männlichen Nachkommen besitzt. Die verstorbene Frau Kadenac war die Familienälteste. Als sehr junges Mädchen heiratete sie den Arzt Kadenac, der im russischen Heer Arzt im Rang eines Generals war. Ihr ältester Bruder war Bronislaw Pilsudski. Er wurde seinerzeit von den Russen nach Sachalin verbannt und starb später in Frankreich. Von den weiteren Geschwistern leben noch vier Brüder. Der älteste ist der Marschall, geboren 1867. Jünger ist Kazimierz Pilsudski, der als Privatmann in Warschau lebt. Es folgt Adam Pilsudski, der Vizepräsident von Wilna. Der jüngste der Brüder ist Jan Pilsudski, ehemaliger Richter in Wilna und Finanzminister und gegenwärtig Vizepräsident der Bank von Polen. Bronislaw Pilsudski starb kinderlos und Kazimierz und Jan sind Junggesellen. Der Marschall hat nur zwei Töchter, Wanda und Jadwiga, die erste ist 16, die zweite 14 Jahre alt. Von den Verwandten hat nur ein Vetter eine Tochter und ein sehr entfernter Verwandter, Rechtsanwalt Stefan Pilsudski, hat drei Söhne, von denen der erste mit einer Französin verheiratet ist.

Reichsdeutscher aus Polen ausgewiesen.

Am 12. Februar mußte der Reichsdeutsche Paul Figy, der seit 17 Jahren in Bromberg als Installateur und Elektrotechniker beschäftigt war, mit seiner Familie Polen verlassen. Figy, seit 1917 in Bromberg, hatte dort 1921 vor den polnischen Behörden die Meisterprüfung abgelegt. Als vor zwei Jahren in Polen das Gesetz über die Beschäftigung von Ausländern erlassen wurde, begann für Figy, wie für viele in Polen beschäftigte Reichsdeutsche, die ewige Sorge, ob und wie lange er noch die Arbeitserlaubnis behalten werde. Auf Grund des Gesetzes wurde ihm schließlich die Erlaubnis zur weiteren Ausübung seines Berufes in Polen entzogen. Figy ging den Instanzenweg bis zum Ministerium für Industrie und Handel in Warschau. Er legte Bescheinigungen vor, daß polnische Staatsangehörige in Deutschland das Installateur- und Elektrotechnikergewerbe ohne Behinderung und völlig gleichberechtigt ausüben dürfen. Es half ihm nichts. Am 1. Januar 1935 wurde Figy die Handwerkerkarte entzogen. Damit war seine Existenz zerstört. Er hat Polen jetzt verlassen müssen. Die Polen pflegen sich auf den Grundsatz der Gegenseitigkeit zu berufen. Hoffentlich kommen die deutschen Behörden dieser polnischen Forderung nach.

Der deutsche Diakonissen-Krankenhausverein in Thorn liquidiert.

Wie die „Deutsche Rundschau“, Bromberg, meldete, ist der Thorner Diakonissen-Krankenkassenverein liquidiert worden mit der Begründung, daß er den Bestimmungen des Vereinsgesetzes bezüglich seiner Eintragung nicht nachgekommen sei. Gleichzeitig ist das gesamte Vermögen dem Kreisselbstverwaltungsverband des Landkreises Thorn überwiesen worden. Auf solche Weise kann man billig zu Krankenhäusern kommen, die man selber nicht errichten will oder kann. Gegen diesen Entscheid, der die Deutschen von Thorn und Umgebung ihres Krankenhauses beraubt, wird beim polnischen Innenministerium Einspruch erhoben.

Polnischer Grenzrevisionswunsch.

In Kattowitz fand am 16. Jahrestage der Abtretung des Teschener Gebietes an die Tschechei eine Kundgebung statt, an der u. a. der Vizewojewode Dr. Saloni, Vertreter der Militärbehörden und der Aufständischen teilnahmen. Ein Aufständischer erklärte in seiner Ansprache, Polen könne sich niemals mit der Lostrennung seines von der Tschechei geraubten Gebietes einverstanden erklären; es werde nie und nimmer auf seine berechtigten Ansprüche gegenüber der Tschechei verzichten.

Neue polnische Zeitung in Kauen.

Nach dem Erlaß einer Verfügung über den Gebrauch von Ortsbezeichnungen in offizieller litauischer Schreibweise, hat die Tageszeitung der polnischen Minderheit in Litauen, „Dzen Kowienski“, infolge einer notwendigen Namensänderung ihr Erscheinen eingestellt. Es wird jetzt eine andere Zeitung unter dem Titel „Dzien Polski“ herausgegeben werden.

Die polnische Seefischerei.

Polen ist es im Laufe der letzten Jahre gelungen, eine gewisse Position in der Seefischerei zu erringen. Die Ergebnisse der polnischen Seefischerei haben im Jahre

1928	2321	1930	5724	1933	7629
1929	2783	1932	7184	1934	9851

Tonnen betragen. Die polnischen Fänge stammen zum überwiegenden Teil aus der Ostsee (meist Sprotten). Die Heringsfischerei wird von der Gesellschaft „Mewa“ betrieben, die in der Ostsee, in den schottischen Gewässern und in der Gegend von Yarmouth fischt. Der Sprottenfang wird von einer Genossenschaft betrieben, die — im Jahre 1927 gegründet — eine monopolartige Stellung einnimmt. Sie nimmt den Fischern ihre Fänge ab, unterstützt sie mit Fischereigeräten, Fahrzeugen und Krediten und enthebt dadurch die einzelnen Fischer der Gefahr, bei schwankender Marktlage auf Absatzschwierigkeiten mit ihren Fängen zu stoßen.

Kaza trockengelegt.

Die Wassernot in dem Dorfe Kaza im Osten des Kreises Schwerin, hervorgerufen durch das Steigen des Grundwassers als Folge der Vernichtung der Kiefernwälder durch den Forleulenfraß in den Jahren 1923 bis 1925, ist endgültig beseitigt worden. Das Dorf und die Ländereien der Landwirte, die völlig unter Wasser standen, sind trockengelegt. Nachdem in den letzten Jahren verschiedene Entwässerungsversuche gescheitert waren, ist es jetzt mit Hilfe eines Pumpwerkes gelungen, den Wasserstand, der zwei Meter über normal lag, abzusenken. So wird es in diesem Frühjahre zum ersten Male seit zehn Jahren wieder möglich sein, das früher genutzte Ackerland zu bestellen. Damit können zugleich die Bewohner von Kaza auf ihrer Scholle verbleiben und brauchen nicht umgesiedelt zu werden. Dagegen sieht man für den Nachbarort von Kaza, Pechlüge, der ebenfalls seit zehn Jahren völlig unter Wasser steht, vorläufig noch keine Rettungsmöglichkeit, da hier die Entwässerung infolge fehlender Vorflut aussichtslos ist.

Die Südostausstellung in Breslau.

Vom 16. bis 19. Mai d. J. wird in Breslau in den Hallen und auf den Freiflächen des Messegeländes eine Südostausstellung, verbunden mit dem 61. Landmaschinenmarkt, stattfinden. Es werden deutsche industrielle Erzeugnisse und ost- und südosteuropäische Rohstoffe und Agrarprodukte ausgestellt werden. Der Landmaschinenmarkt wird im Vordergrund stehen. Verhandlungen mit Ungarn, Südslawien, Rumänien, Bulgarien und der Türkei wegen Beschickung der Ausstellung sind im Gange und versprechen Erfolg. Auch Polen, auf das deutscherseits besonderer Wert gelegt wird, wird sich beteiligen. Die Ausstellungsleitung will mit ihrer Veranstaltung keine kostspielige Fassade aufbauen, sondern unmittelbar dem deutschen Warenaustausch mit den genannten Staaten nützen. Sie geht dabei von der Voraussetzung aus, daß die heutige Kontingentpolitik, wie sie im Handelsverkehr der Staaten miteinander vorherrscht, keine vorübergehende Einrichtung ist, sondern bestehen bleiben und ausgebaut werden wird. Großer Wert wird im Aufbau der Ausstellung auf die Propagierung der Erzeugungsschlacht und auf die Erklärung und Begründung der Marktregulierung gelegt werden. Die Schwierigkeiten, die einer Teilnahme des Auslandes an der Südostausstellung hinsichtlich der Paß- und Devisenbeschaffung im Wege stehen, sind durch Verhandlungen zumeist schon beseitigt. Für Polen z. B. sind die Paßschwierigkeiten dadurch behoben worden, daß das Exportinstitut in Warschau Handelspässe für 40 Zloty ausstellt. Ferner werden die polnischen Staatsbahnen Sonderzüge zu denselben Bedingungen nach Breslau ablassen, wie sie zur „Grünen Woche“ nach Berlin gefahren sind. Die Reichsbahn hat sich bereit erklärt, dieselben Ermäßigungen wie zur Fahrt zur Leipziger Messe zu gewähren. Für die Fahrt zur Messe von schlesischen Stationen aus werden Sonntagskarten ausgegeben und Verwaltungssonderzüge gestellt werden. Es wird mit einem Messebesuch aus dem Inland von etwa 150 000 Personen gerechnet.

Erweiterung des Osteuropa-Instituts in Breslau.

Das an der Universität Breslau bestehende Osteuropa-Institut wird demnächst eine Erweiterung seines Tätigkeitsgebietes erfahren. Zunächst wird der bereits seit langem bestehenden russischen eine polnische Wirtschaftsabteilung folgen. Darüber hinaus erklärt sich aus der geographischen Lage, daß dem Breslauer Institut — im Gegensatz zu dem Osteuropäischen Institut in Königsberg — die weitere Aufgabe zuteil wurde, sich der Erforschung des südosteuropäischen Raumes anzunehmen, seine wirtschaftlichen und historischen Studien auf das ganze Donaubecken einschließlich der Tschechoslowakei auszudehnen. In dieser Hinsicht wird vom Institut zunächst nur die grundlegende Literatur gesammelt, um den für die Aufnahme der Forschung, die sich auch personell auswirken muß, notwendigen Grundstock zu haben. Ein historisches Seminar wird den Untergrund für die Arbeit aller Abteilungen des Institutes bilden. Dieses Seminar hat die Sonderaufgabe, die historisch-methodischen Studien zu pflegen, entweder als Selbstzweck oder zur Vorbereitung für das Studium der wirtschaftlichen und rechtlichen Fragen. Die Ausdehnung des Arbeitsbereiches bedingt natürlich auch eine räumliche Ausdehnung des Instituts. Die bisherigen Räumlichkeiten reichen bei weitem nicht aus, um allen Abteilungen genügend Arbeitsplätze zu geben, ganz abgesehen davon, daß die Unterbringung der 40 000 Bände umfassenden Bücherei des Instituts sowie des nicht weniger umfangreichen Archivs schon bisher sehr beengt ist. Zunächst einmal wird das im Gebäude des Instituts untergebrachte Kuratorium der Friedrich-Wilhelms-Universität seine Räume dem Institut überlassen. Die ständig sich erweiternde Bücherei ist als Präsenzbibliothek eingerichtet. Neben einem umfangreichen Handmaterial an Wörterbüchern, Enzyklopädien, Nachschlagewerken für Spezialgebiete, Atlanten und Kartenwerken sowie rund 200 wissenschaftlichen Zeitschriften aus und über den Ostraum umfaßt die Bücherei alle neuen Veröffentlichungen über und aus dem Arbeitsgebiet, so daß der wissenschaftlichen Erforschung des Ostraums hier sämtliche nur möglichen Gelegenheiten gegeben sind.

Wenn auch das Institut seinem Charakter entsprechend nach außen weniger in Erscheinung tritt, so sucht es doch auch Fühlung mit der Allgemeinheit. Das bezeugen seine Veröffentlichungen, die demnächst eine gewichtige Erweiterung erfahren werden. Zu den „Jahrbüchern für Kultur und Geschichte der Slawen“ und der „Zeitschrift für Ostrecht“ sowie den „Schriften des Osteuropa-Instituts“, in denen Einzelabhandlungen veröffentlicht werden, werden im Laufe des März unter dem Titel „Ostraum“ in freier Folge „Berichte des Osteuropa-Instituts“ hinzukommen. Darüber hinaus beabsichtigt Prof. Uebersberger, der Leiter des Instituts, nach Überwindung der mit der notwendigen Umstellung verbundenen Schwierigkeiten die Einrichtung von Vortragszyklen über aktuelle Ostfragen.

Die deutschen Akademiker in den baltischen Staaten.

Mit diesem Thema beschäftigte sich kürzlich die „Rigasche Rundschau“ in einem Artikel, der auf die Berufsnot des deutschen akademischen Nachwuchses in Lettland hinweist. Es werden einige Zahlen genannt, die die Verhältnisse auf diesem Gebiete beleuchten. So stellt der Verfasser fest, daß bisher 71,4 v. H. der deutschen Studenten und Studentinnen die lettländische Universität verlassen haben, ohne ihr Sudium ordnungsgemäß beendet zu haben! Das sind rund 500 Menschen, die nun einen anderen Beruf ergriffen haben, als sie nach Beendigung der Schule beabsichtigten. Mit Recht wird darauf hingewiesen, daß es nicht nur allein wirtschaftliche Nöte sind, die ein Aufgeben des Studiums veranlassen, sondern daß es sehr oft an der Planlosigkeit liegt, mit der irgendein Studium begonnen wird, zu dem man sich hingezogen fühlt. Wenn dann nach einigen Semestern klar wird, daß die beruflichen Aussichten für den deutschen Studenten in Lettland katastrophal sind, sattelt man um und verliert so wertvolle Zeit und was bei der schlechten finanziellen Lage des lettländischen Deutschtums sehr wesentlich ist, man verstudiert oft die letzten Familienersparnisse, mit denen man sich eine andere Existenz auf nicht akademischer Grundlage hätte schaffen können. Um diesem ziellosen Studieren entgegenzutreten, hat nun das deutsche Berufsberatungsamt ein Heftchen herausgegeben, in dem Studienkosten, Studienlauf und Berufsaussichten für den Akademiker in Lettland aufgezeigt werden. Die Frage ist aber nicht die, was die jungen Deutschen studieren sollen; sondern der Kern des Problemes liegt darin, daß die schulentlassene deutsche Jugend darauf hingewiesen werden müßte, daß es auch außerhalb des akademischen Studiums noch viele Möglichkeiten gibt, sein Brot zu verdienen. D. h., es muß mit allen Mitteln versucht werden, die Jugend in die Praxis zu leiten, besonders den handwerklichen Berufen zuzuführen. Aber hier sind die Schwierigkeiten überaus groß, da man in vielen Familien glaubt, daß zur „standesgemäßen“ Erziehung das akademische Studium gehört. Wenn es auch verständlich ist, daß jeder Vater, der selbst Akademiker ist, es gerne sieht, wenn sein Sohn einen akademischen Beruf ergreift, so darf man doch nicht vergessen, daß die Voraussetzungen heute vollkommen andere sind als zu der Zeit, in der die Väter der heutigen Studenten die akademische Laufbahn einschlugen. Die Berufsfrage ist heute die Existenzfrage des lettländischen Deutschtums und man sollte ihrer Lösung mit aller Kraft entgegengehen. Daher wäre es sehr zu wünschen, daß das Berufsberatungsamt nach einer allgemeinen Berufsplanung nicht nur die akademischen Berufe erfaßt, sondern auch alle übrigen nichtakademischen Berufe systematisch aufbaut. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, von der Jugend aus die heute so unglücklich wirkende soziale Struktur der deutschen Volksgruppe in Lettland umzuändern und den heutigen Verhältnissen anzupassen.

Die Entrechtung der deutschen Angestellten in Ostoberschlesien.

Am 17. Februar fand in Königshütte (Chorzow) eine große Kundgebung der deutschen Angestellten der ostoberschlesischen Industrie statt. Die Kundgebung protestierte gegen die Personalpolitik der hierfür maßgebenden polnischen Faktoren. Daß diese Politik weniger nach wirtschaftlichen, als nach nationalen, d. h. deutschfeindlichen Gesichtspunkten betrieben wird, ist seit langem bekannt. Das Elend aber, das durch die chauvinistischen Elemente unter der deutschen Angestelltenschaft der Wojewodschaft Schlesien mit voller Bewußtheit hervorgerufen worden ist, ist zu einem Faktor geworden, der geeignet ist, die deutsch-polnischen Beziehungen empfindlich zu belasten. Es ist klar, daß die stumpfsinnige Deutschenfeindschaft der Leute, die sich auf die Autorität des Wojewoden Grazynski zu berufen pflegen, einer weiteren Annäherung zwischen Deutschland und Polen nicht förderlich sein kann.

Seit über vier Jahren stehen die deutschen Angestellten Ostoberschlesiens unter der ständigen Drohung, ihre Arbeitsstelle zu verlieren. Die Gesamtzahl der Angestellten in der ostoberschlesischen Industrie hat 1929 etwa 10 200 betragen. Heute beträgt sie noch rund 6400. Von den 3800 Angestellten, die in der Zwischenzeit entlassen worden sind, gehören mindestens 3000 der deutschen Volksgruppe an. Der Hauptarbeitsinspektor in Warschau, Klott, und der Demobilmachungskommissar Ing. Maske, die beiden Männer, die für das mit diesen Entlassungen verbundene Massenelend unter der deutschen Angestelltenschaft in erster Linie verantwortlich sind, schüttelten, als ihnen diese Zahlen von den deutschen Angestelltenvertretern vorgehalten wurden, den Kopf: Sie könnten sich das nicht erklären! In Polen habe doch, meinten sie, jeder loyale Staatsbürger Anspruch auf Gleichberechtigung! Was man in den Büros dieser Herren unter „Loyalität" und „Gleichberechtigung" versteht, das haben die deutschen Angestellten (bei den deutschen Arbeitern ist es nicht anders) zur Genüge erfahren.

In der erwähnten Versammlung in Königshütte sind von den Rednern zahlreiche Beispiele dafür angeführt worden, wie die Entlassungen begründet und durchgeführt werden. Da wird, ehe die Kündigungen ausgesprochen worden, erst nachgeforscht, welchem Berufsverband die betreffenden Angestellten angehören, zu welcher Partei sie gehören, in welche Schule sie ihre Kinder schicken, welche Zeitungen sie halten und sogar welche Kirche sie besuchen. Da wird z. B. einmal ein Angestellter entlassen, weil er Mitglied der deutschen Fraktion im Chorzower Stadtparlament ist, oder ein anderer, weil er das Amt eines deutschen Schöffen bekleidet. Es ist Tatsache, daß schon seit Jahren kein junger Deutscher mehr eine Anstellung in der Industrie gefunden hat, wenn er eine deutsche Schule besucht hatte. Wenn seit dem vergangenen Jahre die Entlassungen mit der angeblich notwendigen „Reorganisation" der Betriebe begründet werden, so wird diese Art von Begründung durch die Tatsachen selber Lügen gestraft. „Reorganisation" — das soll bedeuten: Verbilligung und Vereinfachung des Verwaltungsapparates der Industriebetriebe. Tatsächlich bedeutet „Reorganisation" aber: Ersetzung deutscher durch polnische Kräfte. Eine „Reorganisation", wie sie sein soll, hat es bisher noch bei keiner einzigen Industrieverwaltung der Wojewodschaft gegeben. Vielmehr ist es fast ausnahmslos so, daß deutsche Angestellte auf die Straße geworfen werden, damit Platz für polnische Angestellte wird. Und dabei ist es wieder besonders bemerkenswert, daß ein erheblicher Teil der neueingestellten Polen gar nicht aus Ostoberschlesien stammt, sondern erst eigens zur Verdrängung deutscher einheimischer Kräfte aus dem Osten importiert werden muß. Bei den Deutschen, die entlassen werden, handelt es sich durchweg um erprobte und verdiente, schon seit langen Jahren tätige Kräfte, meist um Menschen, die eine Familie zu ernähren haben. Die Polen, die an ihre Stelle gesetzt werden, aber sind größtenteils ganz junge, unerfahrene Leute, ohne Familienanhang, die erst angelernt werden müssen. Oft kommt es vor, daß die eben erst entlassenen Deutschen für einige Zeit wieder zurückgeholt werden, weil man sie noch einmal zur Einarbeitung ihrer Nachfolger braucht. Von polnischer Seite pflegt man darauf hinzuweisen, daß die entlassenen Deutschen doch „aus der Pensionskasse versorgt" würden. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß der Chauvinismus der polnischen Personalpolitiker auch vor den wohlerworbenen Pensionsrechten der deutschen Angestellten nicht halt macht, wie das Beispiel der Friedenshütte beweist, wo die Pensionäre immer kleinere Renten und schließlich gar nichts mehr erhielten. Und wenn weiter von polnischer Seite erklärt wird, daß ja „auch polnische Angestellte entlassen" worden seien, so lehren die Tatsachen, daß Polen nur dort entlassen werden, wo es keine Deutschen mehr zu entlassen gibt, und daß außerdem die aus einem Betriebe entlassenen Polen immer noch Aussicht haben, in einem anderen Betriebe, in dem vorläufig noch Deutsche beschäftigt sind, unterzukommen, während ein deutscher Angestellter, der einmal entlassen ist, keine Hoffnung mehr hat, wieder eine Arbeitsstelle zu finden. Ein Abgeordneter des polnischen Regierungsklubs im Schlesischen Sejm hat kürzlich erklärt: „Wären die Wirtschaftsverhältnisse besser, so würdet auch ihr Deutschen in Oberschlesien Arbeit bekommen können. In dieser Notzeit aber müssen erst diejenigen berücksichtigt werden, die mit der Waffe in der Hand Oberschlesien für Polen erkämpft haben." Aus dieser Äußerung geht klar hervor, wie es mit der Gleichberechtigung der Deutschen, die von amtlicher Seite immer wieder betont wird, in Wirklichkeit steht. Keine wirtschaftlichen, sondern ausschließlich nationale und d. h. deutschfeindliche Gesichtspunkte sind bei den Entlassungen in der ostoberschlesischen Industrie maßgebend. An dieser Tatsache haben schöne Gesetze und Verfassungsbestimmungen, internationale Abkommen und glatte Worte nichts zu ändern vermocht. Es fehlt der Wille, die Deutschen gerecht zu behandeln.

Litauen gegen die Einfuhr deutscher Waren.

Mit der Entwicklung der deutsch-litauischen Wirtschaftsbeziehungen beschäftigte sich der nationalsozialistische Wirtschaftsdienst „Die deutsche Volkswirtschaft" (Nr. 4) in einem längeren Artikel, dem wir folgendes entnehmen:

Es ist noch nicht allzu lange her, da nahm Deutschland rund 80 Prozent der litauischen Ausfuhr auf, aber auch heute steht es noch mit etwa 30 Prozent an zweiter Stelle der litauischen Ausfuhr und an erster Stelle seiner Einfuhr. Deutschland hat mit Litauen im Jahre 1928 den noch in Geltung befindlichen Handels- und Schiffahrtsvertrag abgeschlossen, der Litauen einseitig starke Vorteile brachte und die Grundlage bildete, auf der die litauische Wirtschaft jenen Aufschwung nahm, wie er am augenfälligsten in der Entwicklung des litauischen Außenhandels zum Ausdruck kommt:

Jahr	Ausfuhr (in Mill. Litas)	Einfuhr (in Mill. Litas)	Bilanz
1923	146,8	156,6	— 9,8
1925	242,7	252,7	— 10,0
1928	256,9	291,1	— 34,2
1930	333,7	312,4	+ 21,3
1931	273,1	277,9	— 4,8
1932	189,1	167,0	+ 22,1
1933	151,6	131,6	+ 20,0
1934	147,2	138,6	+ 8,6

Der litauische Außenhandel erlebte mit der gewaltsamen Besetzung des Memelgebietes im Jahre 1923 seine erste Aufschwungsperiode, der durch den Abschluß des erwähnten deutsch-litauischen Handels- und Schiffahrtsvertrages mit dem Jahre 1928 eine zweite noch stärkere folgte.

Mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise war Deutschland gezwungen, zum Schutze seiner Landwirtschaft Sondermaßnahmen auf dem Wege innerwirtschafts-politischer Regelungen zu treffen, die sich gegen alle an der Einfuhr nach Deutschland agrarisch interessierten Länder gleichmäßig richteten. Eine Verletzung des Handelsvertrages vom Februar 1928 ist seitens Deutschland dadurch nicht erfolgt. Obwohl die deutsche Landwirtschaft vor dem völligen Zusammenbruch stand, sind noch selbst in den Jahren 1931 bis 1933 litauische Erzeugnisse in einer Höhe nach Deutschland hereingelassen worden, wie sie aus Litauen nach anderen Ländern nicht Eingang gefunden haben.

Diesen Absatz haben litauische Erzeugnisse trotzdem nach Deutschland gefunden, obwohl die litauische Regierung bereits seite Mitte 1931 nicht nur in der litauischen Presse einen systematischen Pressefeldzug für die Einfuhr englischer und französischer Erzeugnisse einleitete, sondern in einem vertraulichen amtlichen Rundschreiben des litauischen Finanzministeriums die Beschaffungsabteilungen der Zentralstellen des Staates und der Kommunen sowie die Verwaltungen der staatlich beeinflußten Genossenschaften anwies, aus Deutschland so wenig wie möglich, dagegen aus England möglichst viel einzuführen. Uns interessiert es hier wenig, wenn Litauen behauptet, daß es diese Maßnahmen auf angeblichen Druck Englands treffen mußte, das von Litauen einen Ausgleich seiner Handelsbilanz verlangt haben soll. Tatsache ist, daß die litauische Regierung zuerst den Weg der Diskrimierung deutscher Erzeugnisse entgegen den ausdrücklichen Vertragsbestimmungen beschritten und diese unterschiedliche Behandlung soweit getrieben hat, daß heute in der Einfuhr Litauens aus Deutschland fast ausschließlich nur Waren enthalten sind, die es auf anderen Märkten überhaupt nicht oder nur zu weit höheren Preisen eindecken kann.

Dazu kommt, daß die litauische Wirtschaft von der Seite des litauischen Außenhandels in doppelter Hinsicht eine Belastung erfährt. Die Ausfuhr nach England von Speck, Butter, Eiern usw. ist ein reines Zusatzgeschäft, die Preise für die aus England und anderen westeuropäischen Staaten eingeführten Erzeugnisse liegen zwischen 10 bis 30 Prozent über den gleichartigen Preisen für deutsche Erzeugnisse. Ende 1932 folgte dann in Litauen die Einführung des Einfuhrlizenzsystems. Heute sind etwa 80 Prozent

der litauischen Einfuhr staatlich geregelt, und zwar in einem deutsche Erzeugnisse diskriminierenden Sinne. Zahlreiche Schreiben der litauischen Lizenzkommission bzw. des Handelsdepartements des litauischen Finanzministeriums an litauische Einfuhrfirmen, die Anträge auf Einfuhr deutscher Erzeugnisse eingereicht haben, beweisen, daß diese litauischen Behörden die Erteilung der Einfuhrlizenz für deutsche Waren abgelehnt, gleichzeitig aber die Antragsteller darauf hingewiesen haben, daß für Waren aus England, Frankreich bzw. Belgien die Einfuhrerlaubnis erteilt würde.

Trotzdem ergriff die nationalsozialistische Regierung im Frühjahr 1933 die erste Möglichkeit, um dem ausdrücklichen Wunsche der litauischen Regierung nach einer Verbesserung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen im Geiste friedlicher und verständnisvoller Regelung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen nachzukommen. Dieses Entgegenkommen Deutschlands scheint von litauischer Seite völlig mißverstanden worden zu sein. Man sah litauischerseits in dem neuen Deutschland nur jenen deutschen Staat, der „alle Hunde auf sich gehetzt hatte". Man glaubte daher aus dieser Situation für sich die erdenklichsten Vorteile herausschlagen zu können. Litauen steigerte seine Wünsche in wirtschaftlicher Hinsicht und wollte sich nicht einmal zu den elementarsten politischen Sicherungen, die nun einmal für einen reibungslosen Wirtschaftsverkehr erforderlich sind, verstehen. Hierher gehört die Regelung der Frage der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung, der Innehaltung der den Memelländern gewährten Autonomie usw. Wie im privaten Verkehr keinem Menschen zugemutet werden kann, in einem Laden zu kaufen, dessen Inhaber den Kunden nicht nur umgeht, sondern ihn dazu noch verletzt, so kann dem neuen Deutschland von niemand zugemutet werden, daß es diese Maßnahmen der litauischen Regierung nicht nur schweigend hinnimmt, sondern sogar noch in erhöhtem Maße litauische Erzeugnisse abnimmt.

Wie sehr die litauische Landwirtschaft unter der sinnlosen Politik der Kauener Regierung zu leiden hat, läßt sich aus folgender Übersicht über die Preisentwicklung wichtiger landwirtschaftlicher Erzeugnisse ersehen, denen der lohnende deutsche Absatzmarkt fehlt:

Preise in Litas	Nov. 1931	Nov. 1934
Weizen (50 kg)	13,10	8,80
Roggen (50 kg)	9,20	6,80
Gerste (50 kg)	9,40	6,30
Hafer (50 kg)	8,10	5,80
Schlachtrinder (50 kg)	50,—	12,50
Schlachtschweine (50 kg)	83,—	40,—
Rindfleisch (1 kg)	1,90	0,55
Schweinefleisch (1 kg)	2,75	1,15
Butter (1 kg)	5,80	2,65
Eier (10 Stck.)	2,25	0,90

Was die obigen Angaben für einen Staat bedeuten, der dazu durch Verteuerung seiner wichtigsten Einfuhrerzeugnisse aus ungünstiger gelegenen Ländern den Lebensstandard seiner zu 90 Prozent für die Gesamtwirtschaft ausschlaggebenden landwirtschaftlichen Bevölkerung verteuert, wird klar, wenn man den ständigen Rückgang der Einnahmen des litauischen Staates, die Herabsetzung der Gehälter der Beamten, Angestellten usw. oder die krampfhaften Maßnahmen zur Hebung des Inlandsverbrauches bis dahin für die Ausfuhr bestimmter Erzeugnisse betrachtet.

Wenn Litauen sich auf angebliche Rechtsgrundlagen beruft, so steht das vereinbarte und moralische Recht unzweifelhaft auf deutscher Seite. Schließlich würde es allein im Interesse Litauens liegen, wenn es die politische und wirtschaftliche Erkenntnis zöge, daß die Spannungen zu seiner politischen und wirtschaftlichen Weiterentwicklung nicht beitragen können, und daß das neue Deutschland nicht mehr jenes Deutschland der Jahre vor 1933 ist!

Handelsvertrag England-Polen.

Der neue englisch-polnische Handelsvertrag, über den seit langem und mit häufigen Unterbrechungen verhandelt wurde, ist jetzt endlich zustande gekommen. Der neue Vertrag tritt an die Stelle eines vor fast 12 Jahren abgeschlossenen Vertrages, der in fast all seinen Bestimmungen schon längst überholt war. England ist in den letzten Jahren einer der wichtigsten Handelspartner Polens geworden. Als ein hochindustrialisiertes Land besitzt es im Verhältnis zu dem noch stark agrarischen Polen günstige Voraussetzungen eines umfangreichen Güteraustausches. Diese Voraussetzungen sind für England um so günstiger, als Deutschland, sein wichtigster Konkurrent, von der polnischen Handelspolitik aus politischen Gründen systematisch benachteiligt wurde. Seit 1933 steht England unter den Abnehmern polnischer Erzeugnisse an erster Stelle. Fast ein Fünftel der polnischen Gesamtausfuhr ging in diesem Jahre nach England. Namentlich im Export von Lebensmitteln ist England als Käufer für Polen geradezu unentbehrlich geworden. ²/₃ der polnischen Lebensmittelausfuhr wurden 1933 auf dem englischen Markt abgesetzt. Fast der gesamte Bakonexport Polens ging in diesem Jahre nach England, ferner 42 v. H. der Eier- und 40 v. H. der Zuckerausfuhr. Auch als Käufer von Schnittholz spielt England für Polen eine bedeutende Rolle. Von einer Gesamtausfuhr nach England im Werte von 184,7 Mill. Zloty im Jahre 1933 entfielen nicht weniger als 149,6 Mill. Zloty auf Fleischerzeugnisse, Holz, Eier und Zucker. Hinter diesen Warengattungen traten die Erzeugnisse anderer Art ganz erheblich zurück.

Die Bilanz des englisch-polnischen Warenaustausches ist seit Jahren für Polen aktiv. Im Jahre 1933 stand einer polnischen Ausfuhr nach England im Werte von 184,7 Mill. Zloty eine Einfuhr von dort im Werte von nur 83,0 Mill. Zloty gegenüber. Es ist verständlich, wenn von englischer Seite bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Nachdruck versucht worden ist, dieses Mißverhältnis im Handelsverkehr mit Polen nach Möglichkeit auszugleichen. Von polnischer Seite wurde diesen englischen Bestrebungen gegenüber betont, daß Polen einer Aktivität seiner Handelsbilanz mit England bedürfe, da es diesem Lande stark verschuldet sei und seinen Verpflichtungen nur durch gesteigerte Warenausfuhr nachkommen könne. Immerhin wird sich Polen zu einem gewissen Entgegenkommen bereitfinden müssen. Da es den englischen Absatzmarkt nicht aufgeben will, den es sich mit Mühe und unter Opfern errungen hat und dessen es trotz der verhältnismäßig niedrigen Preise, die dort zu erzielen sind, seiner notleidenden Landwirtschaft wegen dringend bedarf, wird ihm wohl nichts anderes übrig bleiben, als der englischen Wareneinfuhr eine Reihe zollpolitischer Zugeständnisse zu machen.

Verschiedene Zweige der englischen Industrie haben für den polnischen Markt ein starkes Interesse. Zu nennen ist vor allem die Automobilindustrie. Schon im vergangenen Jahre war mehrfach davon die Rede, daß England die Absicht habe, sich in maßgebender Weise an der — bisher allerdings noch immer nicht in Fluß gekommenen — Motorisierung Polens zu beteiligen. Ähnliches gilt für die elektrotechnische Industrie Englands, die großen Wert darauf legt, sich in die bereits begonnene Elektrifizierung Polens einzuschalten. Besondere Aufmerksamkeit widmet weiter auch die englische Maschinenindustrie den sich in Polen bietenden Absatzmöglichkeiten. Auf diesen Gebieten steht England zumeist in scharfem Wettbewerb mit Deutschland. Das ist auch hinsichtlich der Belieferung des polnischen Marktes mit Erzeugnissen der chemischen und pharmazeutischen Industrie der Fall. Der englische Heringsexport hofft in Polen einen seiner besten Absatzmärkte zu finden, und ebenso hat die mächtige englische Textilindustrie Aussicht, in Polen noch weiterhin an Boden zu gewinnen. Es läßt sich leicht voraussehen, daß sich der englische Absatz in Polen weiter auf Kosten des deutschen ausbreiten wird, wenn ihm im neuen Handelsvertrage niedrige Konventionalzölle eingeräumt werden, während für die deutsche Einfuhr nach wie vor noch die im Zolltarif festgesetzten Sätze gelten.

Jahrelang haben die englisch-polnischen Handelsbeziehungen, obwohl sie sich — namentlich für Polen — im allgemeinen vorteilhaft entwickelten, unter der Spannung des Kohlenkrieges gestanden, den seit 1926 die beiden Länder mit großer Energie miteinander geführt haben. Von polnischer Seite war wiederholt versucht worden, den beiderseitigen Warenaustausch ohne Rücksicht auf den Kohlenkrieg, der sich ja auf dritten Märkten, vor allem in den skandinavischen Ländern, abspielte, zu ordnen. Englischerseits aber wurde der Abschluß eines neuen Handelsvertrages stets von dem vorherigen Abschluß eines Kohlenfriedens abhängig gemacht. Dieser kam Ende des vorigen Jahres zustande. Damit war der Weg für den Handelsvertrag, der nunmehr zustande gekommen ist, endgültig frei.

Die Bedeutung, die England als Wirtschaftsfaktor für Polen besitzt, beschränkt sich nicht auf seine Vorherrschaft im Warenaustausch. Nicht minder bedeutungsvoll ist England als Geldgeber für Polen. Gerade auf finanziellem Gebiete scheint Warschau die größten Hoffnungen auf London zu setzen, zumal dieses eben dabei ist, die Rolle als Geldgeber der Welt, die es vor dem Kriege gespielt hat, wieder aufzunehmen. Die Aufmerksamkeit des kapitalarmen Polen richtet sich um so mehr auf das kapitalkräftige England, als man mit Frankreich als Financier ausgesprochen schlechte Erfahrungen gemacht hat. Einmal versagt Paris sein Geld meist gerade dann, wenn man es am dringendsten braucht, weil es mit seinem Gelde Politik machen will; und außerdem hat das französische Kapital in Polen mit einer kolonialen Rücksichtslosigkeit gearbeitet, die man sich dort nicht mehr gefallen zu lassen gedenkt. Englisches Kapital ist an der polnischen Wirtschaft schon heute stark interessiert. In der chemischen und in der Textilindustrie hat man die Beteiligung des englischen Kapitals auf etwa 80 Mill. Zloty berechnet. Die polnische Zuckerbank arbeitet stark mit englischen Geldern. Im polnischen Versicherungswesen ist England gleichfalls stark engagiert. Die Elektrifizierung des Warschauer Eisenbahnknotenpunktes und die Ausstattung des polnischen Güterzugparkes mit automatischen Luftdruckbremsen wurde durch eine 6-Mill.-Pfund-Anleihe finanziert. Weiter besteht die Absicht, zur Durchführung des großzügigen Wegebauprogramms in Polen die englische Kapitalhilfe in Anspruch zu nehmen. Polen verfolgt die britische Anleihepolitik mit größtem Interesse. Seine Aussichten, dort die erhoffte Berücksichtigung zu finden, sind in den letzten Jahren gewachsen — nicht zuletzt dank der Stabilisierung seiner politischen Verhältnisse infolge der Beruhigung seiner Beziehungen zu Deutschland.

Die Tirschtiegeler Korbwarenindustrie.

Zu den Städten, die durch die Versailler Grenzziehung schweren wirtschaftlichen Schaden gelitten haben, gehört das kleine Tirschtiegel im grenzmärkischen Kreise Meseritz. Doch hat die Stadt eine Entwicklungsmöglichkeit, die bisher noch nicht in vollem Maße ausgenutzt ist: die Korbweidenindustrie. Der Kreisbauernführer des Kreises Meseritz hat sich in einer Denkschrift für die Förderung dieser Industrie eingesetzt. Bis vor wenigen Jahren wurden im Kreise Meseritz, besonders in der Tirschtiegeler Gegend, 30—35 000 Zentner weiße, geschälte Korbweiden gewonnen. Infolge der äußerst ungünstigen Preisentwicklung ging der Korbweidenbau jedoch vor einigen Jahren um etwa 50 v. H. der Fläche zurück. Im vergangenen Jahre haben sich die wirtschaftlichen Voraussetzungen des Anbaus durch den Einfuhrschutz wieder gebessert; die Anbaufläche ist wieder im Steigen. Sie ließe sich leicht vervielfachen. Denn im Kreise Meseritz gibt es beträchtliche Flächen sandigen Moorbodens mit höherem Wasserstand, die sich für den Anbau zur Feinarbeit geeigneter Weiden besonders gut eignen. Auch im Kreise Schwerin a. W. sind kleinere und im Warthebruch größere geeignete Flächen vorhanden. Bisher wurde, wie es in der Denkschrift heißt, nur ein kleiner Teil der im Meseritzer Kreise angebauten Korbweiden an Ort und Stelle verarbeitet. Der größte Teil geht nach Bayern oder Thüringen, wo er in der dortigen Heimindustrie verarbeitet wird. Zu etwa 95 v. H. werden die Weiden zu Korbmöbeln und nur zu etwa 5 v. H. zu landwirtschaftlichen und Haushaltskörben verarbeitet. Gegenwärtig sind im ganzen Kreise Meseritz nur 90 Korbmacher beschäftigt. Bei voller Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten wäre mit einer Beschäftigungszahl von etwa 2000 zu rechnen. Das würde bei einer durchschnittlichen Familienstärke von vier Personen eine Zahl von 8000 Personen ergeben, die im Kreise Meseritz von der Korbweidenindustrie leben könnten. Notwendig wäre hierzu allerdings auf der einen Seite eine berufliche, vielseitige Qualitätsarbeit erstrebende Schulung der in Betracht kommenden, heute arbeitslosen Kräfte und auf der anderen Seite ein wirksamer Einfuhrschutz sowie eine durch Werbung zu erreichende Verdrängung der billigen Schleuderkonkurrenz. Eine Steigerung der Qualität ließe sich ebenso wie die Sicherung des Absatzes im Rahmen eines genossenschaftlichen Zusammenschlusses der Korbmacher verwirklichen. Die staatliche Hilfe, die wegen des Fehlens jeglichen Kapitals notwendig wäre, würde nicht umsonst gegeben werden: Denn die natürlichen Voraussetzungen eines verstärkten Anbaues sind vorhanden; eine kleine, heute notleidende Stadt an der Ostgrenze würde eine gesunde Wirtschaftsgrundlage erhalten und die wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands vom Auslande ließe sich auch auf diesem Gebiete bis zu einem gewissen Grade erreichen.

Die Entwicklung des polnischen Films.

Die erstmalige Aufführung, die im Rahmen der deutsch-polnischen Annäherung ein polnischer Tonfilm kürzlich in Berlin erlebte, hat das Interesse für das polnische Filmwesen geweckt, das man in Deutschland bisher nur in seinen negativen Auswirkungen, in der deutschfeindlichen Filmpolitik Polens gekannt hat. In der Vorkriegszeit, also in der Anfangszeit des Filmwesens überhaupt, war von einer polnischen Filmkunst noch wenig zu merken. Immerhin reichen die Anfänge einiger später bekanntgewordener Filmkünstler, wie beispielsweise der Pola Negri, in die Vorkriegszeit zurück. Bekanntgeworden sind diese Filmschauspieler allerdings weniger durch polnische Filme, als durch ihre künstlerische Betätigung im Ausland. In der Nachkriegszeit war es, wie es in einem interessanten Aufsatz im „Berliner Tageblatt" heißt, vor allem die Filmgesellschaft „Sfinks", die eine Reihe beachtlicher Filme herausbrachte. Allerdings erreichte die polnische Filmkunst zu Zeiten des stummen Films kein hohes Niveau. Der erste polnische Film, der im Ausland ging, war „Cham" (Der Grobian), dem der bekannte Roman der polnischen Schriftstellerin Eliza Orzeszkowa zugrunde lag.

Erst der Tonfilm brachte die Belebung. Großen Erfolg in Polen, aber auch im Ausland, brachte der erste künstlerisch bemerkenswerte polnische Tonfilm „Unter deinem Schutz". Er machte vor allem in Amerika Aufsehen, wie es überhaupt ein Charakteristikum der polnischen Filmproduktion ist, daß fast alle polnischen Filme auf Absatz in Amerika rechnen können. Die sehr zahlreichen, dort lebenden Polen nehmen jede Gelegenheit wahr, die polnische Sprache zu hören, und verschaffen manchem Film, der im Mutterland selbst auf Ablehnung stieß, einen Auslandserfolg.

Über die polnische Filmproduktion wacht seit kurzem, heißt es in dem erwähnten Aufsatz u. a. weiter, eine aus Vertretern der verschiedenen Filmverbände gebildete Organisation, der „Hauptfilmrat", dessen Aufgabe es ist, eine saubere Abwicklung der kaufmännischen und produktionstechnischen Angelegenheiten zu überwachen. Die größte Entwicklungshemmung bot und bietet nämlich dem polnischen Film bisher die Frage der gesunden und einheitlichen Finanzierung. Es existiert in Polen kein auch nur halbwegs organisiertes Filmkapital, wie es die westlicheren Länder kennen. Wird ein Film gedreht, so geht er auf eine Zufallsfinanzierung zurück. Hat ein Film Erfolg, so bieten in der Regel zahlreiche Geldgeber, die ansonsten mit der Filmproduktion wenig oder gar nichts zu tun haben, dem Regisseur oder der ad hoc gebildeten Produktionsgesellschaft Gelder zur Herstellung weiterer Filme an.

In den letzten Jahren wurden in Polen durchschnittlich jährlich sieben bis acht große Filme gedreht, im vergangenen Jahre fünfzehn. Die Länge der Filme betrug bis zu 3000 Meter, als Tonapparatur wurde vornehmlich Tobis-Klangfilm benutzt. Die polnischen Filmschauspieler sind fast ausschließlich gleichzeitig Bühnenschauspieler, der Typ des reinen Filmschauspielers hat sich noch nicht entwickelt. Im letzten Jahr hat sich ferner der Themenkreis der polnischen Filme beträchtlich erweitert. Wurden früher fast nur Filme geschichtlichen und patriotischen Inhalts gedreht, so traten 1934 zum ersten Male Spielfilme in größerer Zahl auf. Die durchschnittliche Laufdauer der großen polnischen Filme beträgt in Warschau vier bis acht Wochen. Die durchschnittlichen Herstellungskosten betragen 100 000 bis 150 000 Zloty, wobei im Erfolgsfalle mit einem hundertprozentigen finanziellen Erfolge zu rechnen ist.

Das Kontingent der ausländischen, in Polen vorgeführten Filme ist infolge der größenmäßig noch unzulänglichen heimischen Produktion nach wie vor erheblich. Unter den Ursprungsländern führt Amerika, aber auch die sowjetrussischen und die Wiener Filme haben großen Erfolg. Dagegen waren 1934 französische Filme kaum mehr zu sehen. Auch die Zusammenarbeit zwischen polnischen und ausländischen Herstellern wurde erprobt. Ein polnisch-tschechischer Film hatte beachtlichen Erfolg, in nächster Zukunft soll ein polnisch-österreichischer Film mit Franziska Gaal gedreht werden, die sich in Polen besonderer Beliebtheit erfreut, sowie ein polnisch-sowjetrussischer Film, den der polnische „Hauptfilmrat" zusammen mit der sowjetrussischen „Meschrabpom" herstellen will.

Die polnische Produktion von Kurz- und Spezialfilmen, zunächst sehr begrenzt, hat sich in den vergangenen Jahren schnell entwickelt. Besonderer Erwähnung bedarf die Wochenschau der amtlichen polnischen Telegraphenagentur „Pat", die sich im letzten Jahr aus den Kinderschuhen herausarbeitete und durch Verbesserung der eigenen Filmberichte wie durch vertraglichen Austausch mit den internationalen Wochenschauproduzenten ein bemerkenswertes Niveau erreichte.

Einen starken Impuls erwartet die polnische Filmindustrie von der kürzlich durch Gesetzesbeschluß erfolgten Gründung des „Staatlichen Filmfonds". In Zukunft wird jeder Meter Film, sowohl der in Polen produzierte wie der nach Polen eingeführte, einen Zloty an den Filmfonds zu zahlen haben. Der Filmfonds seinerseits wird durch die Erteilung von Subsidien, durch Prämiierungen, durch Zuschüsse für Auslandsreisen an Regisseure und andere Filmschaffende sowie durch finanzielle Unterstützung der Filmschule am Staatlichen Institut für Theaterkunst das Filmwesen beflügeln. Man rechnet mit einer jährlichen Einnahme des Filmfonds in Höhe von 1½ Millionen Zloty. Neben diesem staatlichen Eingriff zur Hebung des Filmwesens steht ein zweiter bevor: ein allgemeines Filmeinfuhrverbot. Es wird erwogen, um durch die Gewährung von Einfuhrkontingenten das polnische Filmaußenhandelsgeschäft zu regulieren und der heimischen Produktion einen Schutz zu bieten. Aus der Reihe der fremden Länder dürften sich allein die Vereinigten Staaten getroffen fühlen, eine Reihe anderer Länder hat eher zu profitieren.

Guben 700 Jahre Stadt.

Die Stadt Guben, eine der größeren Städte der Kurmark, kann am 1. Juni d. J. auf ihr 700jähriges Bestehen zurückblicken. Die Geschichte dieser märkischen Stadt ist interessant und wechselvoll wie die Geschichte der Ostmark überhaupt. Ihre ersten Anfänge sind, wie auch bei vielen anderen Städten des Ostens, nicht mehr bekannt. Doch steht es fest, daß Guben eine der ältesten Städte der Niederlausitz ist, entstanden in der Zeit, als die während der Völkerwanderung von den Germanen verlorene und dann von den Wenden spärlich besiedelte Landschaft zwischen Elbe und Oder von den Deutschen zurückgewonnen wurde. Urkundlich erwähnt wird Guben zum ersten Male im Jahre 1211. Es stand damals unter der Herrschaft der Wettiner, die die Lausitz beherrschten. Heinrich der Erlauchte, Markgraf von Meißen und der Ostmark, verlieh Guben am 1. Juni 1235 Magdeburger Recht. 1304 trat Guben unter die Herrschaft der brandenburgischen Askanier. 1323 kam die Stadt unter die Herrschaft der Wittelsbacher. 1367 wurden die Mark Brandenburg und die Lausitz von Otto dem Faulen von Wittelsbach an Kaiser Karl IV. verkauft. Guben kam damit unter die Krone von Böhmen, bei der es bis 1623 verblieb. Alsdann kam es erneut unter die Herrschaft der Wettiner (1623—1815). 1815 wurde die Lausitz endgültig zu Preußen geschlagen. Am 1. April 1884 wurde Guben Stadtkreis und Hauptstadt des Landkreises gleichen Namens.

Die Geschichte weiß von zwei großen Bränden zu erzählen, durch die beide Male nahezu die ganze Stadt in Asche gelegt worden ist. Die Hussitenkriege, der Dreißigjährige Krieg und der Siebenjährige Krieg vollendeten das Zerstörungswerk gründlich. Auch in den Freiheitskriegen hatte Guben Einquartierungen und Kriegslasten ohne Ende. Krieg, Feuer, Hungersnot und Pest haben Guben allzu oft heimgesucht, deshalb ist von dem ursprünglichen Stadtbilde, wie es noch im Mittelalter aussah, nicht viel erhalten geblieben.

Heute ist Guben eine der bedeutendsten und regsten Industriestädte der industriereichen Lausitz mit nahezu 45 000 Einwohnern. In Guben sind zwei Drittel der gesamten deutschen Hutindustrie beheimatet. Damit ist Guben der wichtigste Hutindustrieort nicht nur des Reiches, sondern des ganzen Kontinents. Guben ist ferner Sitz einer sehr bedeutenden Textilindustrie. Schon im 16. Jahrhundert traten die Tuchmacher in den Vordergrund. Lederfabriken, Maschinenfabriken, Leisten- und Rahmenfabriken, Ziegeleien und Zementfabriken ergänzen das industrielle Bild.

Wenn Guben auch ein bedeutender Industrieort ist, so hat es seinen ursprünglichen Charakter als Gartenstadt doch behalten. Guben verdankt das den vielen freundlichen Grünflächen und Parkanlagen, den Gärten und Bergen, die ganz mit Obstbäumen bepflanzt sind und wie ein großer Garten wirken. Gubens Obstbaumblüte ist berühmt. Der Obst- und Gemüsebau ist an die Stelle des Weinbaues getreten, der fast 600 Jahre hindurch am Gedeihen und Wohlstand der Gubener Einwohner großen Anteil hatte. Mit Recht wird Guben das „Frühbeet Groß-Berlins" genannt. Nicht nur die ersten Kirschen, auch der erste Salat wird den Berlinern aus Guben geliefert.

Die Stadt Guben liegt seit Versailles nur 77 Kilometer von der polnischen Grenze entfernt. Sie hat dadurch bis zu einem gewissen Grade wieder die Aufgabe erhalten, der sie ihre Gründung vor 700 Jahren verdankt: Stützpunkt deutscher Art und Kultur im Osten zu sein. Die Stadt beabsichtigt, ihr 700jähriges Bestehen in großzügiger Weise festlich zu begehen. Mit der 700-Jahrfeier wird der Gauparteitag des Gaues Kurmark verbunden sein.

Buchbesprechungen.

Die alten Preußen. Von Erich Weise. Preußenverlag Elbing 1934. 37 Seiten. 0,80 RM. Mit 14 Karten und Bildern. — Übersichtlich ist das Stammesgebiet der alten Preußenstämme in Wort und Karte dargestellt. Die ersten Verbindungen der Preußen mit den Ostgermanen und Wikingern, ihre Kämpfe mit den Masowiern und Polen, die Bekehrung durch den Deutschen Ritterorden werden geschildert. Die Legenden von der Ausrottung und der zwangsweisen Germanisierung werden widerlegt, das allmähliche Aufgehen im Deutschtum und die Entstehung des ostpreußischen Menschenschlages wird dargestellt. Interessant ist vor allem eine Karte der Verbreitung der preußischen Ortsnamen. Dr. K.

Deutschland von draußen gesehen. Baltikum-Rußland. Von Prof. Dr. Paul von Sokolowski †. Alfred Metzner Verlag, Berlin 1934. 84 Seiten. 1,60 RM. — Die Broschüre enthält eine ganze Reihe bedeutsamer Hinweise auf die geistige Haltung der Ostvölker, die das richtige Verständnis der Voraussetzungen, Aussichten und Hemmungen einer deutschen Ostpolitik erleichtern. Wie das Bauerntum Rußlands und der vier baltischen Staaten, Finnlands, Estlands, Lettlands und Litauens, sich zum Deutschtum und zu Deutschland verhält, wie die Intellektuellen dieser Völker zu Trägern der Deutschenfeindschaft wurden, wie geschichtliche Tatsachen und Auffassungen sich auf die politische und kulturelle Einstellung auswirken, wie sich das Ostjudentum als trennendes Element zwischen Deutschland und die Ostvölker schiebt, das wird in dieser Broschüre geschildert. Die Notwendigkeit, „Deutschland von draußen zu sehen", um den richtigen Maßstab für das Handeln von Deutschland nach draußen zu finden, ist nicht zu bezweifeln. Die Schrift von Sokolowski ist daher zu begrüßen. Dr. K.

Vom niederdeutschen Bauern. Er ist es gewesen, der das Ostland dem Deutschtum gewonnen hat. So hoch man die Kulturarbeit der Bürger in den Städten des Ostens anschlagen muß, eingedeutscht würde das Land durch den Bauern. Daß dem Baltikum der deutsche Bauer fehlte, ist ihm zum Verhängnis geworden. Wie lernen wir Art und Weise der Kolonisation am lebendigsten kennen? Indem wir zu dem niederdeutschen Bauern gehen, der im Geist derselbe geblieben ist wie sein Vorfahr, der ins Ostland zog. So kann das Buch: „Der Hannoversche Bauer" von Wilhelm Thies (Verlag C. V. Engelhard & Co., Hannover) uns manche Antwort auf die Frage nach dem Wie der Ostlandsiedlung geben. Es ist ja kein geschichtlicher Vorgang denkbar, der nicht Menschen als Träger hätte. Hier können wir die Träger der einstigen Ostkolonisation an ihren Nachfahren kennen lernen, Bauernsitte, Bauernhaus, Bauernleben. Wir müssen Geschichte, soweit es geht, an den Menschen studieren (und dann begreifen), nicht bloß an Akten. Auch der Mensch selbst ist Geschichtsquelle, und wer Ostdeutschland (soweit es niederdeutsch ist) ganz erfassen will, gehe nach dem niederdeutschen Westen und gehe in sein urwüchsiges Bauerntum. Dr. L.

Gesammelte Tiergeschichten, von Manfred Kyber (Verlag Hesse u. Becker, Leipzig), vereinigt die früheren Sammlungen „Unter Tieren" und „Neue Tiergeschichten". Kyber ist ein Weiser, der in seinen Tiergeschichten alte Wahrheiten, die nur wenige erleben, in eine neue Form kleidet. Allgemeinverständlich sind die geistreichen satyrischen Erzählungen zu Anfang des Buches, die menschliche Unzulänglichkeit und Niedrigkeit spiegeln. Erschütternd und zur Selbstbesinnung zwingend, die weitere Folge. Der Geist der Güte und Liebe aber zu allen Geschöpfen und Dingen findet seinen höchsten Ausdruck in dem sieben Erzählungen umfassenden Schlußteil: „Das Land der Verheißung." M. H.

Joachim Nettelbeck, Bürger zu Colberg. Unter diesem Titel sind die Aufzeichnungen des bekannten tapferen Ostdeutschen in Reclams Universalbibliothek erschienen. Die denkwürdigsten Ereignisse aus seinem Leben ziehen an uns vorüber: Besondere Begebenheiten aus Kinder- und Jugendjahren, mannigfache Abenteurer des kühnen Seefahrers — und schließlich — und das fesselt uns am meisten — die Belagerung von Colberg 1807. Colberg gehört zu den wenigen Vesten, die Napoleon nicht die Tore geöffnet haben. Zu danken ist es der todesmütigen Entschlossenheit ihres greisen „Bürgers". Für die Jugend ist dieses prachtvolle Büchlein besonders zu empfehlen. M. H.

Persönliche Nachrichten.

Gestorben: Frau Mathilde Vogt in Guhrau, Bez. Breslau, fr. Posen-Stadt, am 3. 2. (Frau V. konnte noch acht Tage vor ihrem Tode die goldene Hochzeit feiern, zu der auch ein Glückwunsch des Führers eingegangen war); Frau Buchdruckereibesitzer Helene Kietzmann geb. Schuler, in Guben, fr. Kempen i. P. 57 J.

25jähr. Geschäftsjubiläum: Malermeister Rudolf Zeugner in Fürstenwalde, fr. Krotoschin, am 1. 3.

Nach kurzer, schwerer Krankheit wurde am 8. Dezember 1934 unsere geliebte, herzensgute Mutter und Großmutter

Frau Bertha Focke

geb. Spangenberg

(früher Posen) in die Ewigkeit abberufen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Elsa Wahl, geb. Focke.

Dessau, Schlageterallee 61.

Verlag: Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 46 — Fernruf: B 5 Barbarossa 0914 — Postscheckkonto: Berlin 65839.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Krebel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. — J. v. W. g.